

I. Vorbemerkungen

Die ersten fünf Jahre – Fortsetzung folgt

„Rot ins Rathaus!“ So hieß es in der Überschrift des Kommunalwahlprogramms der PDS Offenen Liste 1999. Die Essenerinnen und Essener ließen sich überzeugen: Seit der letzten Kommunalwahl haben zwei Vertreter der PDS Offenen Liste Sitz und Stimme im Rat und jeweils einer in den Bezirksvertretungen I, II und III. Sie haben in diesen Jahren – oft in enger Zusammenarbeit mit Initiativen, Gewerkschaften, sozialen Trägern und anderen außerparlamentarischen Kräften – Oppositionspolitik gemacht.

„Rot im Rat“ – das setzte der bisherigen Kommunalpolitik neue Ideen und praktikable Alternativen entgegen. Dabei gab es auch Misserfolge: Der auch von der PDS unterstützte Bürgerentscheid für den Erhalt der Bäder im Essener Norden und Westen verfehlte trotz 86.998 „Ja“-Stimmen (89,7 % der Teilnehmerinnen und Teilnehmer) das Quorum.

Die PDS Offene Liste hat aber oft genug bewiesen, dass sie als kleine Oppositionspartei etwas bewirken kann. Direkt auf Initiative der PDS-Ratsgruppe gehen z.B. das Besuchsprogramm für ehemalige Zwangsarbeiter/innen, die Kartographierung der Mobilfunk- und UMTS-Sendemasten im ganzen Stadtgebiet und die Einführung höherer Vertragsstrafen für Verstöße gegen den Mindestlohn im Baugewerbe auf städtischen Baustellen zurück. Die PDS Offene Liste hat als einzige Partei von Anfang an den kommunalen Aus-

verkauf durch Cross-Border-Leasing kritisiert und einen Beitrag dazu geleistet, dass die Stadt Essen im Sommer letzten Jahres Abstand von zwei bereits geplanten Deals mit der Abwasserkanalisation und der Trinkwasserversorgung nahm.

Die PDS hat sich gegen die Schließung ganzer Stadtteilbibliotheken ausgesprochen und gemeinsam mit den Initiativen dazu beigetragen, dass das ursprüngliche Konzept zurückgezogen wurde – auch wenn das Ergebnis, Einschränkungen des Angebots in mehreren Stadtteilen und Kürzungen beim Personal, alles andere als zufriedenstellend ist.

Die von der PDS stets abgelehnte, von der Ratsmehrheit durchgesetzte Kürzung der Bekleidungsprämie für Sozialhilfeempfänger wurde wenigstens für Kinder zurückgenommen.

Beim Entwicklungsprojekt Zollverein, dem mit 140 Mio. Euro größten Investitionsprojekt in Essen, hat die PDS Offene Liste immer wieder die völlig unübersichtlichen, unhaltbaren Entscheidungsstrukturen kritisiert, während andere Parteien z.T. aus Rücksichtnahme auf die Landesregierung vornehme Zurückhaltung übten. Ob die eigentlich sinnvolle Umwandlung eines Industriedenkmals in ein neu genutztes, lebendes Objekt gelingt, steht in den Sternen. In jedem Fall muss Zollverein als Projekt der Industriekultur auch einen Nutzen für die Einwohnerinnen und Einwohner in den angrenzenden Stadtteilen haben und

darf kein „Schicki-Micki“-Projekt werden. Die PDS Offene Liste hat auch einiges zur Zusammenarbeit der Kräfte links von der „Mitte“ beigetragen. Sie initiierte den gemeinsamen Vorstoß von SPD, Grünen und PDS zur Unterstützung der Kampagne „Cities for Peace“, die sich in vielen amerikanischen Städten gegen den Irak-Krieg herausgebildet hatte. Auch wenn sich die Ratsmehrheit in vorauseilendem Gehorsam in Fragen der Außenpolitik für unzuständig erklärte: Der Vorstoß zeigte, dass auch auf der kommunalen Ebene Friedenspolitik möglich ist. Immerhin schloss sich die Bezirksvertretung III einem entsprechenden Antrag an. Diese Arbeit will die PDS nach den Kommunalwahlen im Rat und in den Bezirksvertretungen gestärkt fortsetzen – im Rat am Besten als Fraktion!

Soziale und solidarische Politik

Die PDS ist eine sozialistische Partei. Für uns gehört Solidarität zu den unverzichtbaren Werten. Die PDS Offene Liste ist dafür, dass alle Menschen sozial gerecht am materiellen und kulturellen Reichtum dieser Gesellschaft beteiligt werden. Sie ist gegen Ausgrenzung und gegen die immer brutaleren Bereicherung eines Teils der Gesellschaft auf Kosten anderer. Wir wollen Alternativen entwickeln zu Haushaltskürzungen, deren Opfer immer die ärmeren Bevölkerungsteile sind. Wir arbeiten mit allen zusammen, die für eine soziale, gerechte Gesellschaft eintreten, für Frieden, Demokratie, Menschenrechte und den sorgsam, nachhaltigen Umgang mit der Natur. Die PDS Offene Liste ist für eine soziale und solidarische, für eine menschliche Stadt Essen. Diese Gesellschaft beruht

auf den Unterschieden der Individuen und nutzt diese Unterschiede nicht nur in der Arbeitsteilung, sondern auch in der Kooperation unterschiedlicher Individuen. Diese Kooperation ist produktiv, sie ist die Voraussetzung dafür, dass alle möglichst gut leben können. Sie setzt die Anerkennung der Menschenwürde jedes Einzelnen ebenso voraus, wie einen solidarischen Umgang miteinander. Ob und wie weit eine Gesellschaft sozial und solidarisch ist, lässt sich daran ablesen, wie es ihren ärmsten Teilen geht. Eine soziale und solidarische Politik steht im Gegensatz zur herrschenden Politik, die von Kapitalinteressen dominiert wird. Diese Politik verspricht Modernisierung auf Kosten eines großen Teils der Gesellschaft. Das untere Drittel wird fallen gelassen. Sie knüpft an am Liberalismus als Theorie der politischen Ökonomie, die behauptet, der gesellschaftliche Reichtum könne nur bewahrt werden, wenn Hunger und Elend als deutliche und harte Drohung für jeden Einzelnen spürbar seien. „Spitze“ können wir nur sein, so sagen die neoliberalen „Marktradikalen“, wenn andere unten sind – die „Leistungsschwachen“, „Trägen“ und „Faulen“. Die PDS Offene Liste setzt dagegen: Der gesellschaftliche Reichtum soll so wachsen und so verteilt werden, dass ein Leben aller in Würde und Selbstbestimmung möglich wird. Das nützt nicht nur den Ausgegrenzten, sondern auch der Entwicklung der Gesellschaft als Ganzes. Ellenbogenkonkurrenz zerstört die Gesellschaft und kostet produktive Kraft. Wenn Kindergarten und Schule die Kinder mit Migrationshintergrund nicht ausgrenzen, sondern fördern und ihnen einen guten Schulabschluss verschaffen, so entstehen daraus nicht nur für die

unmittelbar Betroffenen, sondern auch für die Stadt Essen Vorteile. Gelungene Integration verringert soziale Spannungen, gut ausgebildete Fachkräfte sind ein Vorteil, kulturelle Vielfalt macht eine Stadt und eine Region attraktiv. Es liegt am Klassegegensatz, dass eine soziale und solidarische Politik nicht ohne Auseinandersetzungen durchgesetzt werden kann. Das Kapital strebt nach Profit und ist dabei rücksichtslos. Die Politik wird dafür instrumentalisiert, selbst Gewalt und Krieg werden für die Profitmaximierung eingesetzt. Die PDS unterstützt den Widerstand, der sich dagegen regt, und tritt für Frieden, Demokratie und soziale Gerechtigkeit ein. Sie ist für eine Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung.

Sozial und solidarisch auch bei der Stadtentwicklung

Sozial und solidarisch ist auch ein Konzept für die Stadtentwicklung. Mit diesem Konzept tritt die PDS Offene Liste in den Wettstreit mit den sogenannten Leitbildern, wie sie CDU, FDP und auch die SPD entwickeln. Die drei sind sich zwar nicht einig, wie viele „Leuchttürme“ Essen braucht. Alle drei wollen Essen aber zur Metropole des Ruhrgebiets entwickeln und das Ruhrgebiet zu einer Region, die mit anderen europäischen Metropolregionen in Konkurrenz um die Ansiedlung von Wirtschaft, Kultur, Einrichtungen der Bildung und des Staates konkurriert. Die Kehrseite der „global cities“ sind extrem krasse Gegensätze von arm und reich im Inneren und völlig undurchsichtige Entscheidungsstrukturen. Hinter der Vorstellung, Essen als Metropole des Ruhrgebietes zu entwickeln, steckt aber

auch ein Führungsanspruch gegenüber den anderen Städten der Region, die in Konkurrenz zueinander stehen. Mülheim und Oberhausen haben Einkaufszentren, Duisburg und Dortmund planen welche – also muss Essen in der Innenstadt die „Arkaden“ bauen oder eine gigantische Erweiterung der Verkaufsfläche von Karstadt. Eine solche Haltung zeugt nicht nur von geradezu schmerzlicher Einfallslosigkeit, sondern auch von einem Denken, das an die Stelle von Kooperation auf Vernichtungskonkurrenz um den letzten verbliebenen Käufer-Euro setzt. Neben den Beschäftigten, die ihre Arbeitsplätze verlieren oder in der „Standortkonkurrenz“ immer niedrigere Löhne und Sozialleistungen bei immer höheren Arbeitszeiten in Kauf nehmen müssen, sind Leidtragende einer solchen Politik die Städte und die Region insgesamt. Mit Nachhaltigkeit haben Projekte, die auf Vernichtungskonkurrenz setzen, ganz und gar nichts zu tun. Die PDS Offene Liste vertritt dagegen die Meinung, dass gerade im Ruhrgebiet nur Kooperation in der Region eine Chance hat. Nur durch eine Zusammenarbeit in planerischen Fragen, im kommunalwirtschaftlichen, kulturellen und auch im sozialen Bereich können die teilweise immer noch verhängnisvollen Folgen der hundert Jahre langen, ungeplanten, hemmungslosen Ausbeutung der Region durch Kohle- und Stahlbarone überwunden werden. Diese Folgen finden nicht nur in Altlasten, Bergbauschäden und industriellen Brachflächen ihren Ausdruck, sondern auch im Nebeneinander der Städte der Region. Die PDS Offene Liste ist dafür, dass die Stadt Essen im Wettbewerb der Städte nicht auf das Leitbild „Metropole des Ruhrgebiets“ setzt und auch nicht ein-

seitig auf „Einkaufsstadt“ oder gar „Konzernzentrale“. Für uns steht Essen als „Lebensstandort“ im Vordergrund, wozu eine differenzierte Arbeitswelt mit eigener Produktionsbasis und Lebenskultur gehören.

Wir sind dafür, dass das ganze Ruhrgebiet zu einer Region wird, in der es sich zu leben lohnt. Das Zeug dazu hat es: Das Ruhrgebiet hat mehrfach bewiesen, dass es Menschen unterschiedlichster Herkunft integrieren kann. Das ist heute besonders wichtig und kann ein „Markenzeichen“ der ganzen Region werden. Eine „Ruhrstadt“ muss auch als politische Einheit von unten wachsen und demokratische Strukturen haben!

Unsere Schwerpunkte

Im Einzelnen steht die PDS Offene Liste für folgende Schwerpunkte:

- Essen muss eine soziale Stadt werden. Die kommunale Daseinsvorsorge als zentrale öffentliche Aufgabe muss allen ein Leben in Würde und Selbstbestimmung ermöglichen – und dazu gehören nicht nur die Versorgung mit Gas, Wasser, Energie und ein öffentlicher Nahverkehr, dazu gehört vor allem eine Betreuung von Arbeitslosen und Sozialhilfeberechtigten, die ihre Würde achtet, dazu gehören Schulen, Kindergärten, Kinderkrippenplätze, Jugendeinrichtungen, Bibliotheken, Schwimmbäder und vieles mehr. Soziale Gerechtigkeit ist nicht privatisierbar.
- Essen muss die Teilnahme möglichst vieler Menschen am Arbeitsleben fördern. Dabei darf es nicht um Zwang gehen, um die Drohung mit dem Entzug der Existenzgrundlagen, sondern um die Förderung von Menschen mit Schwierigkeiten, einen Zugang zum Arbeitsmarkt

zu finden, und um ein eigenes, städtisches Angebot an sinnvoller, sozialversicherungspflichtiger und tariflich gesicherter Arbeit. Die letzten Jahrzehnte haben eindeutig bewiesen, dass „der Markt“ nicht alles richtet. Die Schaffung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors ist unverzichtbar.

- „Essen, Großstadt für Kinder“ ist ein gutes Leitbild. Es muss mit mehr Leben gefüllt werden – und darunter verstehen wir nicht die Förderung des Eigenheimbaus für junge Familien, d.h. die Förderung der Mittelklasse und der Familie als Lebensform. Essen darf nicht die „Großstadt der armen Kinder“ bleiben mit einem Spitzen-Anteil von Kindern im Sozialhilfebezug. Die Förderung aller Kinder muss im Vordergrund stehen, ihnen muss ein Leben ohne materielle Armut ermöglicht werden. Sie müssen Zugang zu Ausbildung und Beruf erhalten.

- Essen darf bei der Stadtentwicklung nicht in erster Linie auf „Leuchtturmprojekte“ setzen, sondern muss eine Stadt für alle werden. Lebenswerte Stadtteile und viel Grün stehen für uns im Vordergrund. Voraussetzung dafür ist, dass die Bevölkerungsverluste der letzten Jahrzehnte auch als Chance begriffen werden. Sie sind unumkehrbar. Gerade weil Essen eine der dichtbesiedeltesten Städte der Bundesrepublik ist, dürfen nicht noch weitere freie Flächen der Förderung des Eigenheimbaus zum Opfer fallen. Bei der Ansiedlung von Unternehmen muss ein Schwergewicht auf gewerbliche Unternehmen gelegt werden, denn jede Großstadt braucht eine produktive Basis. Oft sind es die „kleinen Dinge“, die die Lebensqualität verbessern, wie z.B. der von den großen Parteien lange verhinderte Wochenmarkt in der Innenstadt.

- Essen muss eine Stadt direkter Demokratie werden. Der knapp gescheiterte Bürgerentscheid zu den Bädern hat deutlich gemacht, dass die neue Ratsmehrheit sich ebenso wenig vom Vorwurf der „Arroganz der Macht“ freisprechen kann, wie die „alte“. Die PDS Offene Liste will mehr direkte Einwohnerbeteiligung, auch durch Einführung partizipativer Elemente in den Haushalt. Sie ist für mehr Entscheidungsrechte für Bezirksvertretungen und für Transparenz und Korruptionsfreiheit. Ein „System XYZ“ darf es nie wieder geben!

- Essen muss eine Stadt interkulturellen Zusammenlebens sein. Statt rassistische Ausgrenzung gegen Migranten oder Menschen, die vor Krieg und Terror nach Essen geflüchtet sind, wollen wir gleiche politische Rechte für alle Menschen, die in Essen leben. Dazu gehört das Wahlrecht, auch wenn das nicht in Essen allein entschieden werden kann. Integration darf nicht in die Forderung nach Assimilation verkehrt werden.

Offene Liste – offene Arbeit

Für den Erfolg einer sozialen und solidarischen Kommunalpolitik ist ausschlaggebend, dass dieses Engagement für alle offen ist, die für Frieden, soziale Gerechtigkeit, interkulturelles Zusammenleben, Umweltschutz und andere wichtige Anliegen eintreten. Die PDS Offene Liste will deshalb die Zusammenarbeit mit anderen

Personen, Gruppen und Organisationen verbessern und ausbauen. Sie versteht sich als Teil der Essener Linken, als ihr kommunalpolitisches Sprachrohr, und will einen Beitrag zu ihrer Zusammenarbeit leisten. Allzu oft ließ und lässt sich die Linke durch kleinkarierten Parteienegoismus auseinanderdividieren.

Wir wollen deshalb unsere offene Arbeitsweise fortsetzen. Auf unserer Liste stehen auch diesmal Kandidatinnen und Kandidaten, die nicht Mitglied der PDS sind.

Als Schritte dazu wollen wir

- ein regelmäßiges, öffentliches Treffen im Rathaus einrichten. Dort wollen wir aus dem Rathaus berichten, Themen der Kommunalpolitik mit Fachleuten und allen Interessierten diskutieren und uns über aktuelle Anträge im Rat und den Bezirksvertretungen verständigen.
 - die Internetseite zur aktuellen Information ausbauen, u.a. mit einem Veranstaltungskalender, der alle uns bekannten linken Veranstaltungen umfasst,
 - das „Stadtroinfo“ als aktuelles, monatliches Info-Blatt der PDS Offenen Liste weiter herausgeben. Wir werden im Wahlkampf einen Namenswettbewerb für einen griffigeren Titel ausschreiben, um es zu einem von vielen Linken genutzten Informationsmittel ausbauen.
- Alle, die die hier umrissenen Ziele unterstützen wollen, laden wir herzlich zur Mitarbeit und zur Zusammenarbeit ein!

II. Essen muss eine soziale Stadt werden

Kommunales Eigentum erhalten und ausbauen

Zur öffentlichen Daseinsvorsorge gehören so sensible Bereiche wie die Bereitstellung von Trinkwasser ebenso wie Abwasser- und Müllentsorgung, Straßenreinigung, Energieversorgung, öffentlicher Nahverkehr und städtische Wohnungsbau-Gesellschaften. Die städtischen Betriebe und Einrichtungen werden schon seit Jahren zerlegt, zerstört, privatisiert. Private Konzerne versuchen mit allen Mitteln, bis hin zu Bestechung von kommunalen Mandatsträgern, sich kommunale Unternehmen unter den Nagel zu reißen. Damit wird wertvolles kommunales Eigentum, Eigentum der Einwohner, aus der Hand gegeben mit der Folge, dass öffentliche Kontrolle immer schwieriger wird.

Das Wettbewerbsrecht der Europäischen Union und die Verhandlungen der Welt-Handelsorganisation WTO zum Dienstleistungsabkommen GATS erhöhen den Druck zur Privatisierung öffentlicher Unternehmen. Nicht zuletzt durch den Einsatz der PDS-Abgeordneten im EU-Parlament ist es gelungen, das Verbot der Quersubventionierung als wettbewerbswidrige Beihilfe abzuwenden. Wir werden uns im Stadtrat dagegen wenden, wenn sich Privatisierungsbefürworter zu Unrecht hinter angeblichen Sachzwängen der EU verstecken wollen.

Das Privatisieren und Ausgliedern von kommunalen Betrieben gleich in welcher

Rechtsform entzieht den Kommunen politischen Gestaltungsspielraum. Die Rechnungsprüfungsämter verlieren ihre Kontrollmöglichkeiten, die Regeln öffentlicher Vergabeordnungen gelten nicht mehr, Transparenz geht verloren. Soziale und ökologische Steuerungsmöglichkeiten sind den Kommunen aus der Hand genommen.

Der Verkauf von 49%-Anteile der Essener Entsorgungsbetriebe (EBE) an die RWE-Tochter RWE-Umwelt hat dazu geführt, dass der RWE-Konzern die Essener Müllentsorgung kontrolliert. Die PDS setzt sich demgegenüber dafür ein, die Müllentsorgung weitgehend in kommunaler Hand zu erhalten und befürwortet Modelle kommunaler Kooperation wie EcoCity. Cross Border Leasing-Geschäfte lehnt die PDS Offene Liste ab. Sie sind nicht nur eine besonders riskante Art der Privatisierung, sondern auch ein globalisiertes „Steuersparmodell“ zu Lasten amerikanischer Steuerzahler. Nicht zuletzt durch die Arbeit der PDS Offenen Liste gelang es in Essen, gemeinsam mit attac und anderen außerparlamentarischen Kräften den Ausverkauf des Trinkwasser- und Abwassernetzes im Rahmen eines Cross Border Leasing Geschäftes zu Fall zu bringen.

Die PDS Offene Liste vertritt folgende Positionen:

- Wasser, Abwasser, Energie- und Müllversorgung gehören unter kommunale Kontrolle, auch Teilprivatisierungen sind der falsche Weg. Insbesondere muss die

Stromversorgung, die in Essen seit Jahrzehnten vom RWE monopolisiert wird, rekommunalisiert werden. Grundlegende Entscheidungen in der kommunalen Energie- und Wasserver- und -entsorgung müssen für die Bürger transparent gemacht werden.

- Verkäufe von kommunalen Betrieben und Einrichtungen dürfen nur nach vorheriger Bürgerbeteiligung, ggf. auch einem Bürgerentscheid, stattfinden.

- Die Gebühren für Wasser, Abwasser, Müllentsorgung, Straßenreinigung müssen so niedrig wie möglich kalkuliert werden, ohne soziale und ökologische Standards zu gefährden.

- Mit den natürlichen Ressourcen muss schonend umgegangen werden, dies gilt für die Gewinnung von Trinkwasser und Energie ebenso wie für die Beseitigung von Abwasser und Müll. Die Beratung der Einwohner in Bezug auf einen die Ressourcen schonenden Umgang mit Wasser, Abwasser, Energie etc. muss verbessert werden. Die Preise sind so zu gestalten, dass sie zu Einsparungen anregen, ohne soziale Grundsätze zu verletzen.

- Freibäder, Hallenbäder, Sportstätten, Schulgebäude und vieles mehr befinden sich im städtischen Eigentum. Diese Sachwerte müssen erhalten und gepflegt werden; sie sind für die Grundversorgung der Bevölkerung unverzichtbar und Eigentum der Essenerinnen und Essener.

Kommunale Gesundheitsförderung ist machbar

Gesundheitsschutz und Gesundheitsförderung sind Bürgerrechte - das schreibt schon die Charta der Weltgesundheitsorganisation WHO „Gesunde Städte 2000“.

Die Schließung und Zentralisierung von Gesundheitseinrichtungen, die fortschreitende Privatisierung medizinischer Grundversorgung steht dazu im Gegensatz. Notwendig ist vor allem, die starre Trennung zwischen ambulant tätigen Ärztinnen und Ärzten, Krankenhäusern und Rehabilitationseinrichtungen durch bessere Kooperation und Integration zu überwinden. Wir treten für moderne Versorgungsformen wie Ärzte-Netze, Gesundheitszentren, Polikliniken und die Stärkung der hausärztlichen Tätigkeit ein.

Die durch die Einsparungen im Gesundheitswesen erzwungenen Konzentrationen im Krankenhauswesen führen in Essen zu einer Ausdünnung der wohnortnahen Versorgung mit weiten Wegen für Patienten und Angehörige. Da Essen kein kommunales Krankenhaus hat, ist eine kommunale Einflussnahme nur vermittelt möglich. Für Menschen, die an den Rand der Gesellschaft gedrängt sind (Obdachlose, Drogenabhängige, Illegale etc.), sind Beratungseinrichtungen und Präventionsangebote entsprechend ihrer besonderen Interessenlage bereitzustellen.

In städtischen Ballungsräumen liegen gewerbliche Produktionsstätten und Wohngebiete oft dicht nebeneinander. Die daraus entstehenden gesundheitlichen Belastungen müssen so gering wie möglich gehalten werden. Ebenso sind die Belastung durch Elektromog und andere Strahlungen in den letzten Jahren enorm gestiegen. Die gesetzlichen Grenzwerte sind oft deutlich zu hoch.

Die PDS Offene Liste setzt sich ein für:

- Erhalt einer flächendeckenden Krankenhausversorgung. Gegebenenfalls muss die Kommune in die Trägerschaft der Krankenhäuser eintreten.

- Verbesserung und Ausbau von Präventionsangeboten wie schulmedizi-

nischer Dienst und zahnärztliche Untersuchungen.

- Erhalt des Arztmobils zur ärztlichen Versorgung von Menschen, die auf der Straße leben.
- Erstattung der Praxisgebühr und anderer Zuzahlungen durch das Sozialamt, solange es keine Anpassung der Sozialhilfesätze an die Zusatzkosten der Gesundheitsreform gibt.
- Erhalt und Ausbau des Hilfesystems für Drogenkranke, vor allem der niederschweligen Präventionsangebote für junge Menschen (z.B. Roadrunner), entsprechende Maßnahmen der Suchtprävention und des Hilfeangebotes für alle Suchtkranken. Essen braucht mehr Entgiftungsplätze.
- Weitere Aufklärung über gesundheitliche Belastungen durch Elektrosmog. Antennen z.B. für UMTS-Sendeanlagen dürfen nur so aufgestellt werden, dass eine Gefährdung der Bevölkerung weitgehend ausgeschlossen wird. Darüber hinaus muss die Stadt die Bevölkerung über gesundheitliche Risiken aufklären, indem z.B. die von der PDS angeregte Kartierung der UMTS-Sendeanlagen fortgesetzt wird, die jetzt jedem Interessierten auf der Internet-Seite der Stadt Essen zur Verfügung steht.
- Verlagerung des Giftschridders der Firma Richter aus dem Wohngebiet in Essen-Kray und strenge Kontrolle der Einhaltung von Emissionsgrenzwerten durch Richter und die Behörden.

Mitten im Leben – mitten im Alter ...

Älter werden umfasst einen sehr langen Zeitraum, von 50 Plus bis achtzig, neunzig, hundert Jahre. Je nach Alter und Gesundheit haben die Menschen unter-

schiedliche Ansprüche an kommunale Politik. Allen gemeinsam ist der Wunsch, am sozialen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben in dieser Stadt Teil zu haben, unabhängig von ihrem Einkommen. Tatsache ist jedoch, dass zunehmende Altersarmut diesem Wunsch entgegensteht. Die Kürzung von Taschengeldern von Pflegeheimbewohnern durch Hartz IV zeigt, dass Armut bewusst in Kauf genommen wird.

Auch bei gesundheitlichen Einschränkungen möchten die meisten Essenerinnen und Essener weiter in ihrem gewohnten Umfeld, in ihrem Stadtteil, in ihrer Wohnung leben. Immer wichtiger werden deshalb neue Wohnformen, Hausgemeinschaften von Jüngeren und Älteren, nachbarschaftliche Unterstützungsnetzwerke oder alternative Modelle zur herkömmlichen ambulanten oder stationären Pflege. Ältere wollen nicht ausgegrenzt, nicht nur über ihr Alter definiert werden – sie wollen sich einmischen, mitmischen und diese Stadt mitgestalten.

- Die PDS Offene Liste setzt sich für eine angemessene finanzielle Versorgung für alte Menschen durch Aufstockung der gesetzlichen Beträge für altersbedingten Mehrbedarf und des sogenannten Taschengeldes für Altenheimbewohner/innen ein.
- Wir sind für lebenswerte Stadtteile, in denen das Miteinander von Generationen und Menschen verschiedener Herkunft durch entsprechende öffentlich geförderte Wohnungsangebote möglich ist und für die modellhafte Förderung neuer Wohnformen im Alter. Für Projekte wie das Beginnenhaus oder ähnliche Mehrgenerationenprojekte müssen sozial verbilligte Grundstückspreise gewährt werden. Hilfen für Pflegebedürftige, die

ein Leben im gewohnten Umfeld auch bei gesundheitlichen Einschränkungen ermöglichen sollen, müssen erhalten und ausgebaut werden.

- Traditionelle Angebote wie Seniorenberatungsstellen und Begegnungszentren müssen erhalten bleiben. In allen öffentlichen Bereichen müssen die Interessen von Seniorinnen und Senioren stärker berücksichtigt werden, seien es der Nahverkehr, die Stadtplanung, Kultur, Sport oder Bildung.

Essen muss enthindert werden

Essen muss „enthindert“ werden. Rund 12 % der Essener, das sind ca. 70.000 Menschen, sind schwerbehindert. Öffentliche Einrichtungen, Verkehr, Nahverkehr, aber auch viele Wohnungen, Geschäfte und private Freizeiteinrichtungen sind für Menschen mit Handicaps jedoch überwiegend nicht geeignet.

Die PDS Offene Liste will bestehende Barrieren abbauen. Sie will selbständiges, selbstbestimmtes und gleichberechtigtes Leben und damit die Integration von Menschen mit Behinderung in die Gemeinschaft fördern. Davon profitieren alle Menschen.

Die PDS Offene Liste fordert unter anderem:

- Das Landesgleichstellungsgesetz muss konsequent umgesetzt werden. Ab sofort dürfen keine neuen Barrieren errichtet, bewilligt oder hingenommen werden. Von Öffentlichen Trägern muss ein Zeitplan zum Erreichen von Barrierefreiheit in öffentlichen Einrichtungen, in Verkehrsmitteln und im öffentlichen Raum erstellt werden. Entsprechend den gesetzlichen Vorgaben muss der Rückbau vorhandener Barrieren angegangen werden.

• Barrierefreiheit muss in der Bauleitplanung der Stadt festgeschrieben und auch bei privaten Einrichtungen wie Arztpraxen, Geschäften usw. erreicht werden. Menschen mit Behinderungen müssen an allen kommunalen Planungen beteiligt werden (und nicht erst nach Schaffung „behindernder Tatsachen“).

• Für alle behinderten Menschen muss ausreichender und bezahlbarer barrierefreier Wohnraum geschaffen werden. Die entsprechende Wohnraumberatung muss erhalten und ausgeweitet werden.

• Die Stadt und die städtischen Eigenbetriebe müssen die Beschäftigungsquoten für Menschen mit Behinderungen vorbildlich einhalten. Im „ersten Arbeitsmarkt“ müssen mehr Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen geschaffen werden, die Mindestbeschäftigungsquoten müssen erfüllt werden.

• Selbsthilfeinitiativen zur selbstbestimmten Lebensgestaltung müssen stärker gefördert werden, Initiativen von Menschen mit Behinderungen genügend Mittel zur Erfüllung ihrer Aufgaben bekommen.

• Beteiligungsformen und ambulante Dienste für auf persönliche Assistenz angewiesene Menschen müssen ausgebaut werden, um auch ihnen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Die Stadt sollte die Teilnahme an einer modellhaften Erprobung des „persönlichen Budgets“ fördern. Ein integratives Leben von behinderten Kindern und Jugendlichen in der Frühförderung, in Kindergarten, Schule und Freizeit muss gefördert werden.

• Ein Gebärdendolmetscherdienst muss organisatorisch und finanziell gesichert werden. Der Behindertenfahrdienst von z.B. dem DRK muss verbessert werden, Alternativen z.B. auf nicht-barrierefreien

Bus- und Bahnstrecken angestrebt werden. Mit dem Taxigewerbe muss eine Kooperation entwickelt werden, wie z.B. beim Nachttaxi.

- Der Internetauftritt der städtischen Ämter und Einrichtungen muss barrierefrei werden, d.h. er muss so gestaltet werden, dass auch sehbehinderte Bürgerinnen und Bürger diese Angebote nutzen können.

Kultur für alle

Erreichbare kulturelle Angebote machen den Wohnort zum Lebensort. Die PDS Offene Liste ist für die Entwicklung eines breiten kulturellen Angebotes. Eine Unterscheidung in „Hoch-“ und „Breitenkultur“ lehnen wir ab, wir sind für die Teilhabe aller Menschen an unterschiedlichen kulturellen Angeboten. Daher trifft die bevorzugte Ausrichtung der Kulturförderung nach den Wirtschaftsinteressen der großen Konzerne auf Kosten der Mittel für kulturelle Angebote in den Stadtteilen auf Kritik der PDS Offenen Liste.

Ohne mit der Wimper zu zucken, nickt die konservative Ratsmehrheit die Ausdehnung des Etats der Theater- und Philharmonie GmbH ab und bezuschusst so jede verkaufte Eintrittskarte der TUP mit rd. 112 Euro aus dem Stadthaushalt. Gleichzeitig müssen wichtige kulturelle Einrichtungen wie die Stadtteilbibliotheken massive Einschränkungen des Angebotes vornehmen oder Einrichtungen wie das Grend oder die Zeche Carl um ihre Existenz kämpfen. Hier wird mit zweierlei Maß gemessen.

Die PDS Offene Liste setzt sich für eine regionale Kooperation gerade im Bereich der sogenannten Hochkultur ein. Heute herrscht hier Konkurrenz. CDU und FDP

mit den Grünen im Schlepptau bewilligten rd. 64 Mio. Euro für den Saalbau statt der ursprünglich geplanten rd. 49 Mio. Euro. Mehrkosten, die vor allem dadurch zustande kommen, dass die Philharmonie im Saalbau „hochgerüstet“ wurde, um in der Konkurrenz mit Dortmund und Duisburg zu bestehen. Verlierer sind zu dem die örtlichen Vereine, die die „gute Stube Essens“ nur nachrangig nutzen können. Die Museen werden in Essen wie Stiefkinder behandelt. Der Umzug des Ruhrlandmuseums nach Zollverein und der gleichzeitige Ausbau zum Ruhmuseum sind weiterhin nicht gesichert. Auch hier fehlt die regionale Kooperation. Einmalige Sammlungen, wie sie z.B. das Deutsche Plakatumuseum besitzt, rotten aus Geldmangel vor sich hin. Alltagskultur, die kulturelle Hinterlassenschaft der Arbeiterbewegung, wird missachtet.

Die PDS Offene Liste setzt sich insbesondere ein für:

- Erhalt und Ausbau des Netzes von Stadtteilzentren und Bürgerhäusern in Stadtteilen mit Angeboten für Menschen aller Altersstufen. Dabei liegt uns vor allem an vielfältigen Möglichkeiten zur Kunstvermittlung, der eigenen künstlerischen Betätigung und der kulturellen Freizeitgestaltung von Kindern und Jugendlichen.

- Erhalt und (Wieder)-Ausbau des Netzes der Stadtteilbibliotheken.

- Förderung kultureller Initiativen über zumutbare Mieten für Ateliers, Galerien und Proberäume, angemessene Lebens- und Arbeitsbedingungen für Kulturschaffende, Unterstützung von Menschen mit geringem Einkommen, um ihnen den Zugang zu kulturellen Angeboten zu ermöglichen, gezielte Förderung von Frauenkultur, Nutzung von Schulen außerhalb der Unterrichtszeiten, Förde-

rung des kulturellen Dialogs zwischen allen Teilen der Bevölkerung.

- Erhalt von Angeboten der TUP unter Beachtung einer sparsamen Haushaltsführung. Die Eintrittspreise für Theater, Ballett, Oper und Philharmonie sind stärker sozial zu staffeln. Dabei sind vorrangig die oberen Preiskategorien anzuheben.

- Untersuchung der Möglichkeiten, Angebote der TUP auch stadtteilbezogen zu gestalten, um bildungsfernere Bevölkerungsschichten zu erreichen.

- Stärkere Beachtung der kulturellen Bedürfnisse der Migrant*innenbevölkerung.

Sport ist nicht nur Freizeitbeschäftigung

Sport hat in seiner Gesamtheit als Freizeit-, Gesundheits-, Schul- und Spitzensport wichtige soziale, gesundheitliche und erzieherische Funktionen. Bewegung steigert das Wohlbefinden, senkt die Risiken zivilisationsbedingter Krankheiten und baut Aggressionen ab.

In Essen sind in über 630 Sportvereinen rund 150.000 Menschen organisiert. Hinzu kommen noch Tausende, die in ihrer Freizeit selbstorganisiert „sporten“. Darum sollte das Angebot an allgemein zugänglichen und kostenlosen Spiel- und Sportstätten erhöht werden. Für Kinder und Jugendliche muss das schulische Programm – u.a. im Rahmen der Ausweitung des Ganztagsangebots – ausgeweitet und an die aktuellen Bedürfnis-

se der Jugendlichen angepasst werden. Der zunehmenden Kommerzialisierung des Sports und dem damit verbundenen Abbau des Breitensports muss dringend entgegen gewirkt werden.

Die PDS Offene Liste hält eine aktive Sportpolitik für notwendig:

- Die Mieten für die Nutzung kommunaler Sportstätten sind den Möglichkeiten der Vereine anzupassen und niedrig zu halten. Die lokalen, nicht kommerzialisierten Sportvereine sind in ihrer Arbeit stärker zu unterstützen. Der Stadtsportbund ist in die Erarbeitung eines entsprechenden Konzepts mit einzubeziehen.

- Jugend-Sportprojekte wie ein „Nachtsport“-Angebot sind aufzubauen bzw. zu erhalten. Aktivitäten wie z.B. das mit der AWO entwickelte Rot-Weiß-Essen-Fanprojekt gegen gewaltbereite Hooligans müssen weiterentwickelt und gefördert werden.

- Die PDS Offene Liste spricht sich für einen Neubau des Georg-Melches Stadions aus, sofern die von Rot-Weiß-Essen angebotene Kostenbegrenzung und Übernahme der Folgekosten umgesetzt werden können. In diesem Falle sind die Risiken, die für die Stadt entstehen, überschaubar. Dabei sind wir uns durchaus der Problematik bewusst, dass vielerorts Gelder gestrichen werden, hier jedoch ein einzelnes Projekt mit 7,5 Mio. Euro aus der Sportförderung gefördert werden soll.

III. Essen muss die Teilnahme am Arbeitsleben fördern

Wirtschaftsförderung als Beschäftigungspolitik

Ende März 2004 waren in Essen offiziell 34.371 Menschen erwerbslos gemeldet (=13,4 %). Das sind 2.619 Erwerbslose mehr, als im September 1999 (12,9 %). Die Arbeitslosenquote lag damit in Essen weiter deutlich über dem Durchschnitt des Landes NRW (10,4 %) und des Bundesgebietes (12,1 %). Vor allem die nördlichen Stadtteile sind betroffen. Doch nicht nur die Zahl der Erwerbslosen ist seit der letzten Kommunalwahl gestiegen, im gleichen Zeitraum halbierten sich die gemeldeten offenen Stellen von 3.870 auf 2.014.

Schon diese Zahlen machen deutlich, wie unsinnig eine Politik ist, die vor allem darauf zielt, den Druck auf Erwerbslose zu erhöhen, oder sie dazu zu nötigen, jede Arbeit bei jedem Lohn anzunehmen. Die Anzahl der vom Essener Arbeitsamt verhängten Sperrzeiten stieg im letzten Jahr um 175 %. Eine Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt wurde dadurch nicht erreicht. Im Gegenteil: Die Arbeitslosenquote ist – wie überall – gestiegen.

CDU, SPD, FDP und auch die Grünen haben die Lage viele Jahre lang beschönigt. Die industrielle Basis der Stadt Essen, Kohle und Stahl, ist früher weggebrochen, als in anderen Ruhrgebietsstädten. Heute arbeiten fast drei Viertel aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Essen im sogenannten Dienstleistungsbereich. Doch während

die Stadt einen weit überdurchschnittlichen Anteil von Langzeitarbeitslosen hat und fast zwei Drittel der Erwerbslosen Arbeiter sind, haben sowohl die „rote“ als auch die „schwarze“ Stadtspitze – ideenreich wie sie sind – vor allem auf den Ausbau von Einkaufs- und Büroflächen gesetzt.

Doch auch Essen als Einkaufsstadt, als Konzern- oder Versicherungszentrale stagniert. Die Kaufhäuser bauen Personal ab, die Büroleerstände nehmen zu. Wenn man die Steigerungen bei Teilzeit- und Minijobs berücksichtigt, von denen niemand leben kann, findet seit Jahren auch in diesen Bereichen eine negative Entwicklung statt.

Die PDS hat wiederholt gefordert, die Stärkung des produzierenden Gewerbes stärker zu gewichten. Eine Großstadt braucht eine eigene Produktionsbasis. Doch selbst als 2002 bekannt wurde, dass das Essener Werk von GE geschlossen werden soll, dauerte es Monate, bis Oberbürgermeister Dr. Reiniger ein „Fachforum gewerbliche Arbeitsplätze“ einberief. Es blieb weit entfernt von der von den Gewerkschaften und der PDS geforderten beschäftigungspolitischen Konferenz. Weiterverfolgt wurde der Ansatz nicht.

Spätestens seit Gründung der Essener Wirtschaftsförderungsgesellschaft (EWG) Mitte der 90er Jahre, an der die Stadt und die Essener Unternehmensverbände beteiligt sind, wird über Wirtschaftsförderung im Rat, im politischen Raum ohnehin kaum noch geredet.

- Die PDS Offene Liste ist für einen grundlegenden Kurswechsel in der Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik. Ohne die Entwicklung eines Öffentlichen Beschäftigungssektors wird die Arbeitslosigkeit nicht wirksam bekämpft werden können.

- Wirtschaftsförderung ist für uns vor allem die aktive Förderung nachhaltiger, sinnvoller und existenzsichernder Beschäftigung. Die PDS Offene Liste ist für die Entwicklung von Beschäftigungs- oder Branchenkonzernen auf der Ebene der Stadt, für runde Tische und für die Weiterentwicklung des „Essener Konsens“ von Stadt, Unternehmensverbänden, Arbeitsamt und DGB sollte weiter entwickelt werden.

- Die kommunale Wirtschaftsförderung muss wieder politisches Thema werden, nicht zuletzt im Rahmen der Entwicklungsplanung. Deshalb sind wir für die „Rekommunalisierung“ der Wirtschaftsförderung. Im Rat selbst muss eine regelmäßige Berichterstattung über beschäftigungspolitische Fragen stattfinden.

- Die Sparkasse muss wieder stärker im Sinne von Beschäftigungsförderung tätig werden. Die PDS Offene Liste hält es nach wie vor für nicht nachvollziehbar, dass sich die Essener Sparkasse z.B. aus der Sanierung von Bergforth als mittelständischem Unternehmen herausgehalten hat. Damit sie ihre Aufgabe erfüllen kann, muss die Sparkasse zu 100 % in kommunalem Eigentum bleiben!

- Essen braucht eine Wirtschaftspolitik, die die „lokale Ökonomie“ in den Stadtteilen, Netzwerke und Nachfragekreisläufe stärkt. Statt einseitige Konzentration auf Projekte, die Beschäftigung überwiegend für gut qualifizierte Einpendler oder Zuwanderer bringt, wollen wir, dass kommunale Beschäftigungspolitik gerade

dort wirksam wird, wo die Probleme liegen: In Altendorf, Katernberg und dem übrigen Essener Norden.

Von Arbeit muss man leben können – trotz Hartz

Die Absenkung der Arbeitslosenhilfe auf das Niveau der Sozialhilfe wird für die rund 15.000 Arbeitslosenhilfe-Berechtigten in Essen überwiegend drastische Kürzungen bringen. Im Herbst letzten Jahres erhielt ein Arbeitslosenhilfe-Bezieher in Essen durchschnittlich 575 Euro im Monat. Das Arbeitslosengeld II wird in Zukunft 345 Euro plus Mietzuschuss betragen. Die verschärfte Anrechnung eigenen Vermögens – auch für die Alterssicherung – und der Einkommen von Lebenspartnern wird ein übriges dazu beitragen, dass die Verarmung drastisch zunehmen wird.

Durch die Kürzungen und den Zwang zur Annahme von Niedriglohnarbeit um jeden Preis treibt die Bundesregierung die soziale Spaltung der Städte voran. Wenn immer mehr Menschen immer weniger verdienen, wird die Stadt immer ärmer, zerrissener und gefährlicher für alle – auch wenn wenige dadurch reicher werden. Kommunale Politik für eine lebendige und lebenswerte Stadt muss diesen Teufelskreis aufbrechen. Dass sie dazu mehr rechtliche und finanzielle Möglichkeiten braucht, ist klar.

Doch die Politik der Ratsmehrheit hat diese Entwicklung in den letzten Jahren noch beschleunigt. Vergünstigungen wie niedrigere Eintrittspreise für Arbeitslose wurden schon vor Jahren gestrichen. Haushaltskonsolidierung wurde von der Ratsmehrheit auf Kosten der Ärmsten betrieben. Gegen den Widerstand der PDS Offenen Liste setzte die Ratsmehrheit

u.a. die Kürzung der Bekleidungspauschale von 265 auf 230 Euro durch, obwohl Essen in punkto einmalige Leistungen im Großstädtevergleich ohnehin weit unten liegt. Letzteres ist einer seit Jahren restriktiven Bewilligungspraxis geschuldet, die z.B. einen Anspruch auf die Bekleidungspauschale erst nach einem Jahr anerkennt.

Mit Unterstützung der SPD haben CDU und FDP eine Ausweitung gemeinnütziger Arbeit für Sozialhilfeberechtigte („1-Euro-Jobs“) unter Androhung der Kürzung der Sozialhilfe durchgesetzt, die weder zur Qualifizierung noch zur Vermittlung in feste Stellen beitrug, stattdessen aber zu mehr Sanktionen für Sozialhilfeberechtigte führte.

Mit Unterstützung von B. 90/Die Grünen hat die Ratsmehrheit im letzten Jahr mehrere hundert Maßnahmen im Bereich „Arbeit statt Sozialhilfe“ in vorauseilendem Gehorsam zu Hartz IV gekappt. Die im Gegenzug geplante Umwandlung von Sozialhilfe-Mitteln in Fördermittel für Stellen auf dem ersten Arbeitsmarkt zeigte dagegen kaum Wirkung.

- Essen braucht eine Sozialpolitik, die eine menschenwürdige Existenz für alle sichert, statt Arbeitslose und Arme immer mehr ins Elend zu treiben. Die PDS tritt auf Bundesebene nach wie vor für eine existenzsichernde Grundsicherung ein, die klare Ansprüche regelt. Wir sind gegen immer neue Überprüfungen und Schikanen gegenüber Sozialhilfe- bzw. -geld-Berechtigten.

- Niemand darf durch Hartz IV gezwungen werden, seine Wohnung zu wechseln. Die bisher geltenden Mietobergrenzen für die Unterkunftskosten von Sozialhilfeberechtigten oder Leistungsempfängern nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sind für Arbeitslosengeld II-Berechtigte

nicht anzuwenden. Sie müssen für alle Betroffenen deutlich angehoben werden. Zwangsräumungen und Zwangsumzüge wegen der Überschreitung der „angemessenen Miethöhe“ bzw. der Mietobergrenzen lehnt die PDS Offene Liste ab.

- Die von der Stadt und der Agentur für Arbeit gebildete Arbeitsgemeinschaft, die für die Leistungen nach SGB II zuständig ist, muss auch vom Rat nach wie vor kontrolliert werden können. Dazu sollte ein Gremium eingerichtet werden, ähnlich den bisherigen Verwaltungsräten der Agentur für Arbeit. Daran sollten auch Vertreter der Erwerbslosen beteiligt werden. Für alle Bezieher/innen von Sozialleistungen sind unabhängige Beratungsstellen einzurichten und bedarfsgerecht zu finanzieren.

- Auch nach dem Inkrafttreten von Hartz IV müssen alle Möglichkeiten kommunaler Beschäftigungsförderung genutzt werden – sofern es um Qualifizierung und tariflich gesicherte Arbeitsverhältnisse geht. Struktur-, Qualifikations- und Beschäftigungspolitik müssen in Kooperation von Arbeitsämtern, Kommunen und allen Trägern von Beschäftigungsmaßnahmen entwickelt werden. Die Möglichkeiten zur Qualifizierung von Sozialhilfe- bzw. Arbeitslosengeld-II-Beziehern und die Rahmenbedingungen für die Aufnahme einer Arbeit müssen verbessert werden. Zu letzterem gehört z.B. die Kinderbetreuung für Alleinerziehende.

- Die PDS Offene Liste lehnt die zwangsweise Verpflichtung von Sozialhilfe- oder Arbeitslosengeld-II-Empfängern zu gemeinnütziger Arbeit ab. Arbeitsverhältnisse müssen vertraglich geregelt werden. D.h. sie müssen von beiden Seiten freiwillig abgeschlossen werden, und nicht mit Druck unter Androhung des Entzugs von Existenzgrundlagen.

- Die PDS Offene Liste ist für einen Sozialpass, der Schülern, Studenten, Arbeitslosen und Sozialgeldempfängern einen ermäßigten Zugang zu kommunalen Einrichtungen ermöglicht.

Offensive für soziale Gerechtigkeit: Neue Arbeit für Essen

Die Stadtverwaltung ist der größte Arbeitgeber in Essen und größter öffentlicher Auftraggeber. Die seit Anfang der 90er Jahre drastisch gesunkene städtische Investitionstätigkeit kann nur durch eine bessere Finanzausstattung der Stadt wieder „angekurbelt“ werden. Das ist notwendig, weil kommunale Investitionen Arbeitsplätze sichern.

Als Sofortmaßnahme schlägt die PDS Offene Liste eine befristete, zweckgebundene Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes um 20 Prozentpunkte vor, um mit dem Ertrag von rund 10 Mio. Euro jährlich ein Programm „Neue Arbeit für Essen“ zu finanzieren. Über die Verwendung dieser Mittel soll – als Einstieg in einen Beteiligungshaushalt – auf Bürgerversammlungen und runden Tischen in den Stadtteilen entschieden werden.

Für eine nachhaltige Stadt(teil)entwicklung fordert die PDS Offene Liste:

- Verbindliche beschäftigungspolitische Zielvereinbarungen und soziale Standards als Bestandteil von städtischen Förderbedingungen. Niedriglohn- und ungeschützte Arbeitsverhältnisse dürfen ebenso wenig unterstützt werden wie die Verdrängung geschützter Arbeitsverhältnisse durch ungeschützte.

- Die strikte Einhaltung des Tariftreugesetzes und der Mindestlohn-Regelung für das Baugewerbe bei der Vergabe städtischer Aufträge. Die für den Fall des Verstoßes vorgesehenen Vertragsstrafen von in Essen 10 % der Auftragssumme sind tatsächlich einzufordern, Firmen bei wiederholtem Verstoß von städtischen Aufträgen auszuschließen.

- Die Bündelung von Fördermitteln unterschiedlicher Programme von EU, Bund und Land mit dem Ziel erleichterten Zugangs für Projekte, Existenzgründer, kleine und mittlere Unternehmen und Genossenschaften. Die Stadt muss diese Gruppen bei der Nutzung von Fördermöglichkeiten stärker beraten.

- Die PDS Offene Liste lehnt eine Verlängerung der Arbeitszeiten und Tarifflucht bei der Stadtverwaltung und den kommunalen Unternehmen strikt ab. Der Umbau der Verwaltung zur besseren Umsetzung ihrer Dienstleistungsaufgaben muss in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen Gewerkschaften stattfinden. Betriebsbedingte Kündigungen bei der Stadt lehnt die PDS Offene Liste ab.

- Die Stadt muss überdurchschnittlich ausbilden. Hierzu ist das „Bündnis für Ausbildung“ weiterzuentwickeln.

- Die PDS Offene Liste begrüßt das ehrenamtliche Engagement vieler Einwohnerinnen und Einwohner und will es durch professionelle Unterstützung und Verbesserung der Rahmenbedingungen entsprechend fördern. Ehrenamtliches Engagement darf aber nicht zum Abbau von öffentlichen Arbeitsplätzen und zur Verschlechterung öffentlicher Dienstleistungen missbraucht werden.

IV. „Großstadt für Kinder“ mit Leben füllen

Kinderarmut bekämpfen – Kinder beteiligen

Seit Jahren hat Essen das Leitbild: „Großstadt für Kinder“. Dieses Leitbild ist gut. Es darf aber nicht nur ein Etikett sein, das die Verantwortlichen – fern von der Realität der Kinder – dieser Stadt aufkleben; es muss mit Leben gefüllt werden. Die Elternfragen des Kinderbüros, der gerade veröffentlichte, eigentlich schon für 2002 vorgesehene Kinderbericht und einige überregionale Umfragen haben aber gezeigt, dass die Stadt von dem damit verbundenen Anspruch weit entfernt ist. „Großstadt für Kinder“ bedeutet für uns, den Kindern bestmögliche Entfaltungsmöglichkeiten zu geben, die Rechte der Kinder zu stärken und sie an Entscheidungsprozessen stärker zu beteiligen.

Der neueste Kinderbericht macht vor allem eins deutlich: die soziale Situation vieler Kinder in Essen ist erschreckend. 15.917 Kinder unter 18 Jahren leben in Essen von der Sozialhilfe. Die „Großstadt für Kinder“ hält eine Spitzenposition in punkto „Sozialhilfedichte“ von Kindern. In der Innenstadt und den nördlichen Stadtteilen sind bis zu 46 % aller Kinder auf Sozialhilfe angewiesen. Bei den Kindern unter 7 Jahren liegt der Anteil stadtweit sogar bei 20 %. In keiner anderen Stadt in NRW ist er höher.

Antworten darauf können nur in einer breiten politischen Debatte, gemeinsam mit den Verbänden gefunden werden, die

in der Sozial- und Jugendpolitik engagiert sind. Für uns ist sicher, dass es nicht reicht, mit „Großstadt für Kinder“ vor allem die Förderung des Baus von Eigenheimen für junge Familien zu verbinden, also die Förderung der Mittelklasse. Und wer heute noch meint, die Familie als Lebensform könnte die schwierige Situation vieler Kinder richten, nimmt nicht zur Kenntnis, dass die „klassische“ Familie faktisch immer weniger existiert. Viele Kinder, die auf Sozialhilfe angewiesen sind, sind Kinder Alleinerziehender.

Wenn man den Anspruch „Großstadt für Kinder“ ernst nimmt, müssen die Rechte von Kindern im Mittelpunkt stehen. Dazu gehören das Recht auf Menschenwürde, auf ein Leben ohne Not und auf eine gute Ausbildung. Um diese Rechte umzusetzen, muss die Gesellschaft die Kindererziehung als ihre Aufgabe begreifen. Die öffentliche Infrastruktur für Kinder muss auch bei leeren Kassen ausgebaut werden. Gleichzeitig müssen die Interessen von Kindern bei der Gestaltung des Öffentlichen Raumes, seien es das Wohnen oder der Verkehr, stärker berücksichtigt werden.

• Die PDS Offene Liste hält mehr direkte Kinderbeteiligung für einen Schlüssel zur Schaffung einer „Großstadt für Kinder“. Die Kinderforen im Rathaus müssen mehr werden als eine „Spielwiese“ für Kinder, die Kinderforen in den Stadtteilen mehr als eine Pflichtübung der Verwaltung. Kinder selbst sind die besten Experten in allen Fragen, die sie betreffen. Versuche,

Kinderräte wie in Altenessen oder Kinderforen aufzubauen, sind zu unterstützen. Das Kinderbüro muss für die Kinder da sein, nicht für die Verwaltung.

• Die PDS Offene Liste hält es für dringend notwendig, die Anzahl der Kinderkrippenplätze in Essen zu erhöhen. Der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz besteht erst ab drei Jahren. Die Versorgung bis dahin ist unzureichend.

• Kinderkrippen, Kindergärten und Horte müssen stadtteilbezogen, wohnortnah und flächendeckend vorhanden sein. Kinder haben einen Anspruch auf umfassende und frühzeitige Bildung. Das muss bei der personellen und sachlichen Ausstattung berücksichtigt werden. Kinderkrippen, Kindergärten, Horte und Ganztagschulen dürfen keine Verwahranstalten sein, sondern müssen eine umfassende Grundausbildung aller Kinder sicherstellen.

• Sofern sie öffentliche Förderung erhalten, müssen Kindereinrichtungen auch für Kinder aus Migrationsfamilien frei zugänglich sein.

• In Kindergärten und Schulen sind verstärkt Konzepte wie „Gesundes Frühstück“ oder „Gesunde und frische Küche“ und Kinderkochkurse zu fördern und gemeinsam mit den Trägern von Kindergärten und Schulen zu entwickeln. Unser Ziel ist, dass alle Kindertagesstätten und alle Schulen in die Lage versetzt werden, den Kindern ein Essen anzubieten. Dadurch könnte mehr als ein Ersatz für die von CDU, FDP und REP gestrichene Schulmilch geschaffen werden. Gleichzeitig könnten Stadt und Träger einen Beitrag zur WHO-Kampagne gegen Verfettung leisten. Erfahrungen in einzelnen Kindergärten zeigen, dass die Kosten für Frischkochen nicht höher sein müssen als für Catering.

• Die PDS Offene Liste unterstützt Konzepte wie „Kinder in Bewegung bringen“. Sie soll zusätzlichen Bewegungsraum für Kinder schaffen. Um solche Ansätze zu stärken, müssen alle Entscheidungsträger mehr über den eigenen „Tellerrand“ blicken. Entscheidungsprozesse sind beteiligungsorientiert und transparent zu gestalten.

Jugendeinrichtungen aus- und nicht abbauen

Viele der oben zur Lage der Kinder getroffenen Aussagen gelten auch für Jugendliche. Sie sind in vielen Stadtteilen Essens vielleicht sogar noch schlechter „dran“. Statt die erfolgreiche Volksinitiative für einen Rechtsanspruch auf Jugendförderung zum Anlass zu nehmen, die drastischen Kürzungen für Kinder und Jugendliche im Landeshaushalt zurückzunehmen, will die rot-grüne Landesregierung die Kürzungen der letzten Jahre nur teilweise rückgängig machen. Die geplante finanzielle Ausstattung bleibt insbesondere für 2005 weit hinter dem Bedarf zurück.

Es ist ein Skandal, dass in Essen etliche Jugendhäuser von freien Trägern wie den Falken von Schließung bedroht sind, weil die Träger durch Kürzung der Zuschüsse Finanzierungsprobleme haben. Gerade die Kinder und Jugendlichen, die kein reiches Elternhaus haben, brauchen Jugendhäuser, um sich treffen zu können.

• Die PDS Offene Liste ist dafür, dass der Rechtsanspruch auf Jugendförderung vom Land finanziell ausreichend unterstützt wird. Die Stadt Essen kann die vom Land aufgerissenen Lücken nicht vollständig schließen. Sie muss aber alles tun, um die bestehenden Jugendhäuser

– auch die der freien Träger – zu erhalten oder Alternativen schaffen.

- Die Stadt muss dringend ein neues Gesamtkonzept für die Jugendarbeit entwickeln. Dabei ist ein Schwerpunkt auf die Jugendarbeit in den Stadtteilen zu legen. Die PDS Offene Liste ist ebenfalls für den Bau eines neuen zentralen Jugendzentrums. Das Jugendzentrum Papestraße in Holsterhausen darf dann aber nicht einfach geschlossen werden, sondern für seine Aufgaben muss adäquater Ersatz geschaffen werden.

Spielplätze und keine „Abstellplätze“ für Kinder

Das kindgerechte Wohnumfeld steht für die Mehrzahl der Familien ganz oben an, wenn es darum geht, die Lebensqualität in der Stadt zu beurteilen. Dies geht aus einer Umfrage „Wohnen mit Kindern in Essen 2002“ hervor, an der sich über 14.000 Haushalte beteiligten. Neben dem Zustand der städtischen Grünflächen im Allgemeinen richtet sich das Augenmerk junger Familien dabei im Besonderen auf die Beschaffenheit der öffentlichen Kinderspielplätze, die in vielfacher Weise zur positiven Entwicklung des Wohnumfeldes beitragen.

Aufgrund des hohen Stellenwerts, den Spielplätze und andere öffentliche Freiräume bei den Essenern haben, sind dringend Umschichtungen von Finanzmitteln und die Entwicklung von Planungskonzepten erforderlich. Lebenswertes Grün wächst nicht von allein, und gute Kinderspielplätze schon gar nicht.

- Die PDS Offene Liste ist dafür, bei der Planung von Kinderspielplätzen die Kinderbeteiligung auszubauen. So können auf die Kinder zugeschnittene, individuelle Ansätze gefunden werden, mit denen

sich Kinder dann auch mehr identifizieren. Kinderbeteiligung darf dabei nicht als Feigenblatt für Politik und Verwaltung dienen; die Vorstellungen der Kinder und Jugendlichen müssen ernst genommen und soweit irgend möglich umgesetzt werden.

- Aufgabe der Verwaltung ist es in diesem Prozess, die Verwirklichung der Ideen und Erkenntnisse zu gewährleisten und gleichzeitig eigene Erfahrungen und Anregungen in die Planung einfließen zu lassen. Soweit nicht vorhanden, sind hierfür die nötigen finanziellen, personellen und fachlichen Voraussetzungen zu schaffen.

- Kriterium für die Qualität eines Platzes muss nicht unbedingt eine teure Geräteausstattung sein. Abwechslungsreiche Planung kann stellenweise auch den Charakter einer Baustelle haben. Für Jugendliche und Heranwachsende müssen mehr altersgerechte Einrichtungen wie Jugendtreffs, Bolzplätze, Skate-Anlagen usw. geschaffen werden.

- Die PDS Offene Liste hält die Spielplatzpatenschaften für ein hervorragendes Instrument, das bereits auf zahlreichen Essener Spielplätzen gut funktioniert. Diese Idee muss ausgeweitet werden, neue Patenschaften sind zu gewinnen. Voraussetzung ist eine uneingeschränkte Unterstützung der Spielplatzpaten durch die Verwaltung, wenn es darum geht, Missstände zu beseitigen.

- Die Spielplatzkonzepte müssen dazu beitragen, der zunehmend verbreiteten Bewegungsarmut und Naturferne bei Kindern entgegenzuwirken. Ideen und Vorstellungen wie die des „bewegungsorientierten Spielens“ oder der „Wald- und Naturerlebnispfade“ müssen in Zusammenarbeit mit örtlichen Initiativen gefördert und weiterentwickelt werden.

- Das Motto „Essen-Großstadt für Kinder“ lässt sich nicht durch Lippenbekennnisse in die Realität umsetzen. Lustige, spannende und für Kinder gut erreichbare Spielplätze wären ein Zeichen dafür, dass man es in dieser Stadt ernst meint mit dem Vorsatz, ein lebenswertes Umfeld für alle zu schaffen.

Bildung für alle

Auch wenn die wichtigsten schulpolitischen Kompetenzen bei der Landesregierung liegen, haben die Städte erhebliche Einflussmöglichkeiten. PISA-Studie und auch der OECD-Vergleich „Education at a Glance“ haben gezeigt, dass für unterschiedliche Bildungsergebnisse in erster Linie strukturelle Unterschiede verantwortlich sind. Wir treten deshalb für ein integriertes Schulsystem („Eine Schule für alle“) von der 1. bis mindestens zur 9. Klasse ein, das auch eine deutlich bessere Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund mit sich bringt. Wir unterstützen Maßnahmen, die es den Schulen ermöglichen, kurzfristig mit eigenen Modellen und Umstrukturierungen ihr Bildungsangebot zu verbessern. Die Modellversuche „Selbständige Schule“ zeigen, dass dies möglich ist.

Die PDS Offene Liste weiß, dass viele Voraussetzungen im Bildungswesen vom Land geschaffen werden müssen. Städte und Gemeinden können aber entscheiden, was sie vor Ort fördern und einrichten. Die Stadt Essen ist für den Unterhalt und Bau von Schulen verantwortlich, sie hat erheblichen Einfluss auf die Ausstattung der Schulgebäude und Klassenzimmer. Seit Jahren mangelt es an Räumen und Materialien. Dringend erforderliche Renovierungsmaßnahmen werden aufge-

schieben. Ganze Schulen sind auf mehrere Gebäude in verschiedenen Straßen verteilt. Und viele Schulen, die vor 30/40 Jahren gebaut wurden, sind seit Jahren renovierungsbedürftig. Die Schulpauschale des Landes hat diese Probleme nur begrenzt ändern können.

Der Modellversuch „Offene Ganztagschule“ lässt – so wie er von der Landesregierung beschlossen wurde – befürchten, dass Schulen zu Aufbewahrungsanstalten verkommen. Küchen oder Kantinen, Pausen- und Ruheräume sind nicht vorgesehen, ebenso wenig eine ausreichende Personalausstattung für die Betreuung der Kinder.

Demgegenüber vertritt die PDS Offene Liste folgende Standpunkte:

- Eine ausreichende Ausstattung der Schulen mit finanziellen Mitteln muss gewährleistet werden: Wer heute bei der Bildung spart, wird später die sozialen Kosten tragen müssen. Die Stadt Essen muss dafür Sorge tragen, dass an ihren Schulen ausreichend Personal für Unterricht und soziale Aufgaben vorhanden ist.

- Schulische Einrichtungen müssen gesichert und wenn nötig ausgebaut werden. Dies betrifft auch die Einrichtungen des zweiten Bildungsweges und der Erwachsenenbildung. Sofern die Eltern das wollen, muss eine neue Gesamtschule eingerichtet werden. Die Anmeldezahlen der letzten Jahre sprechen dafür.

- Die Stadt Essen braucht mehr gut ausgestattete Ganztagschulen. Sie müssen eine umfassende Grundausbildung aller Kinder sicherstellen.

- Das Essener Konzept zur Einrichtung Offener Ganztagschulen ist deutlich besser als das Landesgesetz. Darum hat

es die PDS Offene Liste mitgetragen. Wir sind jedoch dagegen, auf dem Umweg von Gebühren für die Teilnahme an der Offenen Ganztagschule Schulgeld einzuführen. Die Ganztagschule muss kostenlos sein – egal ob als offene oder für alle verbindliche Einrichtung.

- Städtische Berufsoberschulen und Fachoberschulen sowie Kollegs und Volkshochschulen sind in besonderem Maße zu fördern. Weiterhin ist eine ausreichende Versorgung mit „besonderen 10. Klassen“ zu garantieren, die es Hauptschülern ermöglicht, die Fachoberschulreife zu erlangen. Wir unterstützen alle Maßnahmen, die das starre dreigliedrige Schulsystem durchlässiger gestalten und die Einrichtung weiterer integrierter Gesamtschulen zu ermöglichen.
- Solidarität statt Ausgrenzung muss auch in Schulen, Kindergärten und son-

stigen Bildungseinrichtungen gelten: Das Miteinander von Deutschen und Menschen ohne deutschen Pass, von Mädchen und Jungen bzw. Frauen und Männern, von Behinderten und Nichtbehinderten muss gefördert werden. Dazu gehören auch mehrsprachiger Unterricht, Assistenz für Kinder mit Behinderungen, der Einsatz der Gebärdensprache sowie die behindertengerechte Ausstattung der Bildungseinrichtungen. Wir unterstützen ausdrücklich den Gemeinsamen Unterricht (GU) von Schülerinnen und Schülern mit und ohne Förderbedarf an Regelschulen.

- Mehr Beteiligungsrechte und Chancengleichheit von Kindern und Jugendlichen. Wir wollen eine Bildungsoffensive, deren erster Schritt die öffentliche Diskussion von Schulentwicklungsplänen in den Kommunen sein sollte.

V. Essen darf nicht nur auf „Leuchtturmprojekte“ setzen, sondern muss eine Stadt für alle werden

Bevölkerungsverlust als Chance begreifen

In den letzten Jahren gab es lebhaftere Auseinandersetzungen um die weitere städtebauliche Entwicklung Essens. Der Gegensatz heißt: Metropolenbildung oder soziale Stadt für alle. Die Globalisierung hat auch Essen lange erreicht und die Folgen sind nicht mehr übersehbar: Der Gegensatz von Arm und Reich wird größer – es gibt die Stadtteile der Wohlhabenden vor allem im Süden und ärmere im Norden und Westen mit Vierteln, die zu ver-slummen drohen. In manchen Straßenzügen bezieht jeder zweite Sozialhilfe. Während dessen gehört die kritiklose Übernahme von Wünschen der Konzerne und Investoren, die mit Geld winken, zum täglichen Alltag der Stadtpolitik Essens. – „Leuchtturmprojekte“ wie der Ausbau des Saalbaus zur Philharmonie oder die Entwicklung von Zollverein verschlingen viel Geld, da bleibtso dass kein Geld Mittel für die Verbesserung der Lebensverhältnisse in den Stadtteilen vor Ort bleiben. Dies trifft vor allem einkommensschwache Familien mit Kindern ohne viel Geld.

Essen verliert seit Jahren Einwohner, 2001 rutschte die Stadt erstmals unter die 600.000 Einwohner, Tendenz weiter fallend. Im Jahr 2015 werden nach Prognosen noch 545000 Menschen in Essen wohnen. Die sinkende Bevölkerungszahl

ist Folge der Arbeitsplatzverluste der 70er und 80er Jahre, als vor allem die Jüngeren der Arbeit hinterher zogen. In der Folge hat Essen – wie das gesamte Ruhrgebiet – eine überalterte Bevölkerung. Der anhaltende Einwohnerverlust ist so vor allem auf einen Sterbeüberschuss zurückzuführen.

Der Bevölkerungsrückgang sollte als Chance genutzt werden, problematische städtebauliche Entwicklungen der Vergangenheit zu korrigieren.

Essen ist wie alle Ruhrgebietsstädte im Ende des 19./Anfang des 20 Jahrhunderts aus dem Boden gestampft worden. Stadtentwicklung fand nicht statt, alles richtete sich nach den Bedürfnissen der Kohle- und Stahlbarone. Später stand vor allem der Ausbau von Büro- und Kaufhäusern im Mittelpunkt. Eine (vor allem nachts) verödete Innenstadt, kaum Wohnraum in der City, ist Ergebnis dieser Politik.

Sinkende Einwohnerzahlen sollten als Chance zu Korrekturen begriffen werden. In den nächsten Jahren bieten sich mit der Entwicklung des Kruppschen Gürtels, des Berliner Platzes und Zollverein gute Chancen, aus Essen eine Stadt im Grünen zu machen, die vor allem Kindern eine gute Umwelt bietet.

Die CDU reagiert auf die Abwanderung junger, gutverdienender Familien ins Umland mit der verstärkten Ausweisung von Bauland. Dadurch wird die weitere Zersiedelung der Stadt in unverantwortli-

cher Weise gefördert. Die Abwanderung läßt lässt sich so nicht stoppen, im Gegenteil: Durch die Zerstörung von Frei- und Grünflächen wird die Unwirtlichkeit der Stadt noch gefördert.

Die PDS Offene Liste vertritt folgende Positionen:

- Grün- und Freiflächen sind in einer Großstadt ein Stück Lebensqualität. Statt weiterem Freiflächenfraß sollten Brach- und ehemalige Industrieflächen sowie Baulücken stärker als Bauland genutzt werden. Die PDS Offene Liste ist dafür, deutlich mehr als 3% des Krupp-schen Gürtels für reine Wohnbebauung auszuweisen.

- Fehlendes Bauland zum Eigenheimbau sind nicht das zentrale Problem für die Menschen, die Essen verlassen. Etwa 75% von ihnen wohnen weiter zur Miete. Familien mit Kindern drückt der Schuh woanders – wie Befragungen zeigen: Gründe für den Wunsch nach Veränderung der Wohnsituation sind der Wunsch nach besseren Spiel- und Freizeitangeboten für Kinder, nach mehr Verkehrssicherheit vor allem für Kinder und alte Menschen und ein attraktives Wohnumfeld. Diese Wünsche lassen sich gerade bei sinkenden Einwohnerzahlen in den Essener Stadtteilen erfüllen, wenn sie bei der Stadtentwicklung nicht anderen Interessen geopfert werden.

- Die Ausweisung von Bauland löst das Problem der hohen Grundstückspreise nicht. Im Gegenteil: Durch den Flächenfraß werden die Grundstückspreise weiter in die Höhe getrieben und bleiben für die meisten Familien unerschwinglich. Die PDS Offene Liste setzt sich deshalb dafür ein, dass die Stadt möglichst viele Flächen in eigener Hand behält und damit Gestaltungsspielräume bekommt. Vergaben im Rahmen von Erbpachtrege-

lungen können sozialverträgliche Alternativen zum Verkauf sein.

- Stadt- und Landschaftsplanung sind ein wesentliches Element für eine zielgerichtete Entwicklung. Insbesondere in Ballungsräumen wie Essen ist die Grün- und Freiraumentwicklung ein wichtiger Faktor für die Lebensqualität der Menschen. Der gültige Flächennutzungsplan ist ebenso wie andere landschafts- und regionalplanerische Grundlagen veraltet und muss deshalb neu erarbeitet werden. In den Planverfahren sollten mit Beteiligten, Verbänden, Bürgerinitiativen usw. gemeinsam neue Ideen entwickelt werden.

- Die PDS Offene Liste hält es für überfällig, Stadtentwicklung im regionalen Verbund mit den Städten des Ruhrgebietes gemeinsam zu betreiben. Nicht mehr Konkurrenz, sondern mehr Zusammenarbeit ist das Gebot der Stunde. Der Versuch der Städte, sich gegenseitig mit Einkaufs- und Freizeitzentren, mit Philharmonien und Veranstaltungshallen, mit Gewerbeflächen und Baulandangeboten auszustecken, schadet am Ende allen. Die bestehenden Ansätze zur regionalen Abstimmung (z.B. Stadtentwicklung 2030, interkommunale Verwaltungszusammenarbeit) gilt es fortzuentwickeln.

- Bei der Entwicklung politischer Antworten auf des engere Zusammenrücken in Ballungsräumen und von Ballungsräumen und "Speckgürteln" muss das Ziel des Ausgleichs zwischen Zentren und Umland, zwischen Stadt und Land beachtet und entwickelt werden. Der Zusammenschluß der Städte des Ruhrgebietes zu einer Ruhrstadt kann nur dann positive Fortschritte bringen, wenn nicht eine zentralistische Metropolenbildung vorangetrieben wird, sondern der demokrati-

sche Einfluss von unten gewährleistet und die Selbstverwaltung gestärkt wird.

Wohnen in Essen

Wohnen ist ein Menschenrecht und muss für alle Menschen erschwinglich sein. Damit auch die einkommensschwachen Bevölkerungsschichten mit Wohnraum versorgt werden können, sind nach wie vor kommunale Wohnungsunternehmen ein wichtiges Instrument. Und damit die Kommune Einfluss auf die Gestaltung preiswerter Mieten nehmen kann, sollten 10-15% des örtlichen Wohnungsbestandes in der Hand kommunaler Wohnungsbaugesellschaften sein. Nur mit kommunalem Wohnungsbestand kann sichergestellt werden, dass auch Obdachlosen (Ende 2002 waren dies in Essen 1139 Menschen) und Flüchtlingen gute Wohnungen in dezentraler Lage angeboten werden können.

Gerade hier ist es wichtig, die guten Erfahrungen und die gute Arbeit der Essener Hilfeinrichtungen durch angemessene finanzielle Unterstützung durch Kommune und Land weiter auszubauen. Gleichzeitig ist jedoch wichtig, dass die Stadt Essen mit den ansässigen Wohnungsbaunternehmen kooperiert. Immerhin waren viele von ihnen bis vor wenigen Jahren gemeinnützig.

Die PDS Offene Liste begrüßt das Angebot der Arbeitsgemeinschaft der Wohnungsbaugenossenschaften, durch Investition von zusätzlichen 100 Mio. Euro im Jahr auch das Wohnumfeld aufzubessern. In Kooperation mit allen Akteuren am Wohnungsmarkt (Mietervereinen, Eigentümern, Grundbesitzern) sollten die Chancen zur Verbesserung der Wohn- und Lebensverhältnisse genutzt werden. So

lassen sich durch die Zusammenlegung von kleineren Wohnungen attraktive neue Wohnungen schaffen. Dabei ist auf eine gleichmäßige Entwicklung aller Stadtteile ebenso zu achten, wie darauf, dass keine Mietsteigerungen im Gefolge von Luxussanierungen stattfinden.

Allen Tendenzen, aus dem Sozialen Wohnungsbau auszusteigen, tritt die PDS Offene Liste entschieden entgegen.

Die Stadt muss ihre Mehrheitsbeteiligung an der Allbau-Wohnungsgesellschaft m Allbau-Verein halten. Ein kommunaler Wohnungsbestand kann das Mietniveau günstig beeinflussen, außerdem ist zu befürchten, dass die Städte gerade nach den mit Hartz IV verbundenen drastischen Leistungskürzungen zunehmend Wohnungen brauchen, deren Belegung sie aus sozialen Gründen beeinflussen können. Der Allbau sollte in mieterpolitischer Hinsicht Vorbild sein, – z.B. durch die Einbindung von Mietern in Form von Mieterbeiräten. Die weitere umfassende Privatisierung von Wohnungen lehnen wir ab. Mittels Gestaltungs-satzungen, die mit den Einwohnerinnen und Einwohnern erarbeitet werden, sollte Einfluss auf die Struktur der Wohngebiete genommen werden. Die Mieterbeiräte können hier einen guten Beitrag leisten.

Zur Vorbeugung gegen Wohnungslosigkeit, besonders auch von jungen Menschen, müssen die Essener Hilfeinrichtungen noch besser mit den Wohnungsbaunternehmen vernetzt werden. Die Erfahrungen der Hilfeinrichtungen bei der Unterstützung von Wohnungslosen und die Möglichkeiten der Wohnungsbauunternehmen garantieren eine schnelle Hilfe. So kann auch der Kreislauf Arbeitslosigkeit – Wohnungslosigkeit – Arbeitslosigkeit durchbrochen werden und den

Betroffenen eine Zukunft geboten werden.

Seit Jahren sind die Freibeträge für den Wohnberechtigungsschein nicht angehoben worden. Immer mehr Mieter müssen deshalb Fehlbelegungsabgabe zahlen. Dies führt zu Abwanderung von Mietern und begünstigt eine Ghettobildung gerade in den großen Beständen der Wohnungsbaugesellschaften. Die Fehlbelegungsabgabe ist sozial ungerecht und hat eine problematische Lenkungswirkung. Die Stadt kann, darf und muss ihre Möglichkeiten, auf die Erhebung zu verzichten, in vollem Umfang nutzen.

Der neue Mietspiegel von Essen ist kritisch zu überprüfen und weiterzuentwickeln. Dabei sind die Erfahrungen der örtlichen Mietervereine zu berücksichtigen. Ein Betriebskostenspiegel ist neu zu entwickeln.

Die PDS Offene Liste begrüßt genossenschaftlich orientierte Wohn- und Arbeitsprojekte für alt Alt und Jung wie z.B. das Beginen-Projekt. Die Stadt soll solche Projekte unterstützen, z.B. durch geeignete städtische Grundstücke zu sozialen Grundstückspreisen.

Durch die Entwicklung eines Gestaltungskonzeptes ist die Bewohnbarkeit der Essener Innenstadt zu verbessern. Hier müssen Wohnen und Einkaufen sinnvoll verbunden werden. Die Verödung durch die Verdrängung von Wohnungen aus dem Stadtzentrum muss im Interesse der Essenerinnen und Essener gestoppt und rückgängig gemacht werden.

Solidarische Stadtentwicklung

Essens jüngste Geschichte ist eng verbunden mit der Geschichte der industriellen Produktion von Kohle, Stahl und

Waffen. Hier hat sich eine Industriekultur gebildet, die der Stadt ihren Stempel aufdrückt hat. Bis heute sind ihre Auswirkungen spürbar. Dazu gehören verseuchte Böden und alte Industriebrachen ebenso wie das Weltkulturerbe Zollverein oder die Villa Hügel.

Zur Industriekultur gehört aber auch die Arbeiterkultur, die Kultur der arbeitenden Menschen. Die Um- und Neunutzung von alten Industrieanlagen muss dies berücksichtigen. Mit der Umwandlung der Zeche Carl in ein Stadtteilzentrum ist dies gelungen, eine alte Zeche zu erhalten und umzunutzen. Sie hat heute ein offenes, von vielen, sehr unterschiedlichen Menschen genutztes Angebot. Wird dieser Bezug auf die Bedürfnisse der Menschen in der Umgebung z.B. durch reine Schicki-Micki-Umnutzungen missachtet, werden alte Industrieanlagen schnell zum Fremdkörper.

Beispiel Zeche Zollverein: Die Umnutzung Zollvereins wurde völlig ohne Bezug auf die Bedürfnisse der Menschen in den umliegenden Stadtteilen geplant. Die geplante Umwandlung in einen internationalen Designstandort ist in der Krise. Dann wären 140 Mio. Euro Fördergelder, die insgesamt nach Zollverein fließen, in den Sand gesetzt, davon allein 15 Mio. Euro aus dem Essener Stadthaushalt.

Eine solidarische Stadtentwicklung muss die unterschiedlichen Interessen in einer Stadt berücksichtigen und kann nicht kritiklos die Wünsche von Konzernen und Investoren übernehmen. Dazu gehört die Entwicklung eines lebendigen Wohnumfeldes in den Stadtteilen ebenso wie die Förderung von Gewerbeansiedlungen. Ziel der Stadtentwicklungspolitik der PDS Offenen Liste ist es, in möglichst vielen Gebieten eine Mischung von Wohnungen, Arbeitsplätzen und Erholungsflächen –

soweit die Emissionen dies zulassen – zu erreichen.

Die PDS Offene Liste setzt sich für folgende Ziele ein:

- Die weitere Entwicklung der Zeche Zollverein muss überdacht werden. Angesichts der Entwicklung der Design-Branche ist es fraglich, ob die einseitige Festlegung auf Zollverein als Design-Schwerpunkt wirklich trägt. Zollverein muss vor allen Dingen Bodenhaftung erhalten durch klare Zielsetzungen, wie die Entwicklung des Weltkulturerbes mit der Entwicklung der umliegenden Stadtteile verzahnt werden kann. Der Arbeiter- und Alltagskultur ist ein angemessener Stellenwert zu geben. Projekte wie die Sammlung des ARKU Altendorf sollten integriert werden. Die Zechensiedlungen rund um Zollverein müssen erhalten werden.

- Ein Ziel der Umgestaltung des Berliner Platzes muss eine bessere Anbindung der Universität an die Innenstadt sein, mehr Grün und Wohnen in der Innenstadt waren weitere Vorgaben aus der Bürgerbeteiligung. Wir unterstützen den Vorschlag der Essener Bürgerinitiativen (EBI), einen Großteil des Berliner Platzes für einen Innenstadt-Park zu nutzen. Ein weiterer Teil soll für einen Mix aus Wohnen, kleinem Einzelhandel und Gewerbe genutzt werden. Ein Einkaufszentrum ist mit dem Ziel der Anbindung der Universität unvereinbar.

- Die Entwicklung des Kruppschen Gürtels muss dazu genutzt werden, die Innenstadt mit den angrenzenden westlichen Stadtteilen – vor allem Altendorf – besser zu verbinden. Die PDS Offene Liste hat die Flächennutzungs- und Bebauungspläne für den Kruppschen Gürtel abgelehnt, weil sie einen viel zu geringen Anteil an Wohnbebauung vorsahen

und einen Schwerpunkt auf neue Bürohochhäuser legen. Dafür gibt es auch nach Aussagen von Fachleuten keinen Bedarf. Eine Hochhaus-„Perlenkette“ in Fortsetzung der Konzernzentralen südlich des Hauptbahnhofes lehnt die PDS Offene Liste ab.

- Durch die Entwicklung eines Gestaltungskonzeptes ist die Bewohnbarkeit der Essener Innenstadt zu verbessern. Hier müssen Wohnen und Einkaufen sinnvoll verbunden werden. Die Verödung durch die Verdrängung von Wohnungen aus dem Stadtzentrum muss im Interesse der Essenerinnen und Essener gestoppt und rückgängig gemacht werden. Die PDS Offene Liste unterstützt die Forderung, den Innenstadt-Markt an der Marktkirche auszuweiten, räumlich in Richtung Kettwiger Strasse, zeitlich zumindest auf Samstag.

Kleingärten gehören zur Ruhrgebietskultur

Die PDS Offene Liste sieht das Essener Kleingartenwesen als bedeutenden Faktor für die Stadtökologie und die Freizeitgestaltung der Essener Einwohnerinnen und Einwohner an. Die über 9.000 Pächter, organisiert in 97 Vereinen, pflegen 243 Kleingartenanlagen und haben damit einen großen Anteil an der Erhaltung der grünen Lunge Essens. Gleichzeitig ist die Arbeit in den Kleingärten ein wichtiges Freizeitmoment für viele Menschen. Im Prozess der Bewerbung des Ruhrgebietes als europäische Kulturhauptstadt ist es von besonderer Bedeutung, dass auch das in jahrzehnten gewachsene Kleingartenwesen als besonders zu förderndes Kulturgut behandelt wird.

Darum sehen wir es als vordringlich an,

dass die Stadt den Verband der Kleingärtner besonders beim Erhalt und der Erweiterung der Gartenflächen unterstützt. Was in den letzten Jahren durch politische Entscheidungen verabsäumt wurde – den Grund und Boden von Gartenanlagen in kommunales Eigentum zu bringen, um es problemlos als Gärten erhalten zu können – muss jetzt durch entsprechende Unterstützung der Kleingartengrund- und -boden gGmbH der Essener Kleingärtner gesichert werden. Auch im Rahmen der Integration von Einwohnerinnen und Einwohnern mit Migrationshintergrund haben Kleingärten einen hohen Stellenwert. Dabei muss den Migranten Spielraum gegeben werden. Deshalb halten wir Projekte wie die „Bunten Gärten“ in Essen-Katernberg für unterstützenswert.

Verkehrsplanung für den Menschen, nicht fürs Auto

Wir wollen eine Stadt der kurzen Wege. Das ist für uns wesentliches Prinzip der Stadt- und Verkehrsplanung. Wohnen, Arbeiten, öffentliche und private Dienstleistungen, Gesundheitseinrichtungen, Bildung, Freizeit usw. sollten möglichst nahe beieinander liegen. Das würde der Gesellschaft immense ökologische und finanzielle Kosten sparen. Lange Verkehrswege sollten deshalb soweit wie möglich überflüssig gemacht, Autoverkehr soweit wie möglich durch Ausbau öffentlicher Angebote zurückgedrängt werden.

Unter finanziellem Druck geschieht auch in Essen häufig das Gegenteil: Die Taktzeiten im ÖPNV sind Abends und Nachts abschreckend ausgedünnt, manche Stadtteile nur mit hohem Aufwand erreichbar. Mit einem engmaschigen und

klug vertaktetem Nahverkehr sind zwei Ziele erreichbar: Weil weniger Autos fahren, sinkt die Schadstoffbelastung und damit wird die Gesundheitsbelastung für die Menschen geringer. Die Verkehrssicherheit vor allem für Kinder steigt.

Den Bau und Ausbau von Schnellstraßen und Autobahnen im innerstädtischen Bereich lehnt die PDS ab. Der geplante Ausbau der A 52 würde die nördlichen Stadtteile zerschneiden und zu einer weiteren Belastung der sowieso schon benachteiligten Stadtteile führen. Der Bau eines Tunnels für die Ruhrallee würde ebenfalls erheblich mehr Autoverkehr nach sich ziehen, weil es im Zusammenhang mit der Durchstreckung der A 52 zu zusätzlichem Durchgangsverkehr durch Essen in Süd-Nord-Richtung kommen würde.

Ein gut ausgebautes Fahrradnetz ermöglicht individuelle Mobilität bei gleichzeitiger Senkung des Autoverkehrs. Stattdessen ist der Ausbau des Fahrradnetzes in Essen ins Stocken geraten. Essen ist bundesweit eine der Städte, die für den Fahrradverkehr am schlechtesten erschlossen ist. Fast hätte Essen bereits zum zweiten Mal die „rostige Speiche“ als fahrradunfreundlichste Stadt erhalten. Dies muss sich ändern. Wir wollen ein funktionstüchtiges und gut ausgeschildertes Fahrradwegenetz, das die Stadtteile verkehrssicher und kindergerecht miteinander verbindet.

Die PDS Offene Liste setzt sich insbesondere ein für:

- Sichere Wege für die täglichen Besorgungen der Einwohner in Wohnungsnahe und für Schüler, d.h., Essen muss eine Stadt der kurzen Wege werden.
- Ausbau und Erweiterung des Radwegenetzes mit einer guten Anbindung an

den ÖPNV das EVAG-Netz sowie an den Regional- und Fernverkehr, verbesserte Unterstellmöglichkeiten für Fahrräder an zentralen Haltestellen, bessere Mitnahmemöglichkeiten in öffentlichen Verkehrsmitteln.

- Erhöhung der Attraktivität des öffentlichen Personenverkehrs durch Tarife, die sozial verträglich und preisgünstiger als die Benutzung des privaten PKW sind, Erhalt und Ausbau des Straßenbahn- und Busnetzes unter Beachtung der Bedürfnisse von Menschen mit Handicaps, Vorrangschaltungen für Busse- und Straßenbahnen, eigene Busspuren zur Beschleunigung des Nahverkehrs.
- Erhebliche Reduzierung des Kraftverkehrs in innerstädtischen Bereichen, keine Öffnung von verkehrsberuhigten

Zonen für den Individualverkehr, Bewirtschaftung des Parkraums, Ausbau von Park- und Ride-Angeboten, Tempo 30 in allen Wohngebieten, besondere Kinderschutzbereiche in den Wohngebieten, breitere Bürgersteige, vor allem an Hauptverkehrsstraßen, an denen Menschen wohnen.

- Ausbau von Car-Sharing-Systemen in Kooperation mit den kommunalen Verkehrsverbänden EVAG.
- Die A 52 und der Ruhrallee-Tunnel müssen aus dem Bundesverkehrsweegeplan gestrichen werden.
- Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung an Autobahnen und Durchgangsstraßen.
- Der Flughafen Essen/Mülheim muss entsprechend der Beschlusslage der Stadt Essen so bald wie rechtlich möglich geschlossen werden.

VI. Essen muss die direkte Demokratie stärken

Für Bürgerbeteiligung und Transparenz

Kommunale Entscheidungen sollen nicht über die Köpfe der Einwohner hinweg gefällt werden, darum will die PDS Offene Liste Transparenz und Bürgerbeteiligung in der Politik des Stadtrates verbessern. Bürgeranträge, Bürgerbegehren und Bürgerentscheide sind wichtige Instrumente, wenn Menschen für eine soziale und ökologische Stadt streiten. Doch die Hürden sind hoch, wie der verlorene Bürgerentscheid zur Erhaltung der Bäder Essen gezeigt hat. Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern versanden oft in der Bürokratie.

Große Unternehmen haben es da leichter, ihre Anliegen machen sich viele Politiker gern zu eigen. Die Verflechtungen zwischen großen Unternehmen und Politikern der großen Parteien sind für den Bürger nur schwer zu durchschauen. Und über Beraterverträge redet sicher nicht nur der gestürzte ehemalige „starke Mann“ der SPD nicht so gerne.

Hier gilt es gegen zu steuern. Unser Leitgedanke ist einfach: Je mehr Öffentlichkeit existiert, desto schwerer haben es Korruption und Filz. Wir wollen eine Kommune, in der sich alle Beteiligten und einbringen können.

Deshalb tritt die PDS Offene Liste insbesondere für folgende Punkte ein:

- Bürgerbegehren und Bürgerentscheide müssen auf bürgerfreundliche Art durchgeführt werden. Die Einreichung

eines Bürgerbegehrens muss aufschiebende Wirkung bekommen. Durch Bestimmungen der Satzung ist sicher zu stellen, dass der Rat oder die Verwaltung keine Fakten schaffen können. Vom Land erwarten wir eine Herabsetzung der vorgeschriebenen Mindestabstimmungsbeitrag (Quorum) beim Bürgerentscheid. Die derzeitige Regelung (20 %) stellt für die Bürgerinnen und Bürger eine kaum zu überwindende Hürde dar.

- Die Verwaltung muss den Bürgerinnen und Bürgern weitgehende und kostenlose Einsichts- und Auskunftsrechte einräumen. Der städtische Haushaltsentwurf und der verabschiedete Haushalt müssen neben der vorgeschriebenen Auslegung auch über Internet zugänglich sein. Auch der Realisierungsstand von öffentlichen Bauvorhaben muss öffentlich nachvollziehbar sein. Die Möglichkeiten der Gemeindeordnung zur Information von Einwohnerinnen und Einwohnern, insbesondere durch thematische und stadtteilbezogene Versammlungen, sind offensiv zu nutzen. Die Möglichkeiten des Informationsfreiheitsgesetzes für NRW müssen bekannt gemacht werden.

- Bürgerfragestunden sollen nicht nur im Rat und in den Bezirksvertretungen, sondern in allen Ausschüssen sowie in den Aufsichtsräten kommunaler Unternehmen durchgeführt werden. Die Sitzungen selbst sollen nur in begründeten Fällen nicht öffentlich sein. Auch in Aufsichtsratssitzungen städtischer Unternehmen darf die Öffentlichkeit nicht ausgeschlossen werden.

- Im Beschwerdeausschuss des Rates ist den Beschwerdeführern ein angemessenes Rederecht zu ihren Eingaben einzuräumen. Die Geschäftsordnung des Beschwerdeausschusses ist entsprechend zu ändern.

- Entscheidungen sollen dort getroffen werden, wo die Menschen wohnen, die es betrifft. Wir wollen besonders die Rechte der Bezirksvertretungen weiter stärken. Wichtige Organisationsänderungen auf der bezirklichen Ebene bedürfen der Zustimmung der betroffenen Bezirksvertretung.

- Planungsprozesse sollen für eine breitere Öffentlichkeit geöffnet und so demokratisiert werden. Wie groß das Interesse daran ist, haben die Perspektivenwerkstatt Berliner Platz oder Burgplatz gezeigt. Die Arbeit der Agenda 21 – Gruppe Wohnen sowie die Arbeit des Beirates bei der Unteren Landschaftsbehörde, die Aktivitäten der Essener Bürgerinitiativen (EBI) und der vielen Initiativen auf Stadtteil- und Quartiersebene sind weitere Beispiele für den Wunsch nach aktiver Beteiligung an der Gestaltung der eigenen Lebensverhältnisse vor Ort.

- Die PDS Offene Liste ist für die Einrichtung eines Beirates für Stadtentwicklung, der mit mindestens einem Vertreter mit Rede- und Antragsrecht im Stadtplanungsausschuss des Rates vertreten sein sollte.

- Die Zahl der Sitze in Aufsichtsräten, die Ratsmitglieder sowie Oberbürgermeister und Bürgermeister in kommunalen und anderen Unternehmen, Zweckverbandsversammlungen usw. wahrnehmen, soll auf maximal zwei begrenzt werden. Ratsmitglieder müssen ihre Verflechtung mit privaten Interessen (eigene wirtschaftliche Tätigkeit, Angestelltenverhältnis, Beratervertrag) offen legen. Ver-

stöße gegen das Mitwirkungsverbot an Abstimmungen, die die privaten Interessen eines Politikers berühren, müssen sanktioniert werden.

Beteiligungshaushalt, nicht zuletzt in den Stadtteilen

Eine der wichtigsten Entscheidungen des Stadtrates ist die Verabschiedung des Haushaltes. Er legt fest, welche Investitionen die Stadt tätigt, ob z.B. mehr Geld in den Bau neuer Straßen fließt oder ob man lieber den ÖPNV fördert, ob in reichen oder in armen Stadtteilen etwas getan wird. Hier wollen wir nach dem Modell der brasilianischen Stadt Porto Alegre das Modell des Beteiligungshaushalts einführen. Die Festlegung von Prioritäten und die Entwicklung von konkreten Projekten, damit die Erstellung eines kompletten Haushaltsentwurfs für den Investitionshaushalt einer Millionenstadt unter Beteiligung von ca. 100.000 Menschen, ist in Porto Alegre seit 14 Jahren Alltag.

In Stadtteilversammlungen und in stadtweit arbeitenden inhaltlichen Foren sollen die Bürgerinnen und Bürger selbst die Prioritäten festlegen, nach denen der Stadtrat die vorhandenen finanziellen Mittel verteilen soll. Das Beispiel Porto Alegre zeigt, dass zuvor benachteiligte Stadtviertel durch das demokratischere Verfahren einen deutlichen Aufschwung nehmen. Das Beispiel zeigt auch, dass die Menschen zur Übernahme von mehr Verantwortung bereit sind.

In Essen sollte mit der Aufstellung von Beteiligungshaushalten in den Bezirken begonnen werden, weil hier die Menschen die Verhältnisse am besten kennen und deshalb ihre Interessen unmittelbar vertreten können.

Die PDS schlägt vor, ausgehend vom jetzigen Stand (mit einigen wichtigen, aber nicht so teuren Verbesserungen), ein Sondervermögen „Sozialinvestitionen“ zu schaffen. Dieses Sondervermögen dient ausschließlich der Finanzierung von Sozialausgaben. Diese Sozialausgaben werden an den Preisindex angebunden, das heißt, sie erhöhen sich zumindest mit der Inflationsrate. Um diese Sozialinvestitionen weitgehend unabhängig zu machen von Konjunkturläufen und politischer Einflussnahme von Bund und Land, sollten sie aus dem Aufkommen aus der Grundsteuer finanziert werden. Damit wird dem Prinzip der kurzen Finanzierungskreisläufe Rechnung getragen: Die Grundsteuer ist die einzige reine Gemeindesteuer, die Kommunen müssen sie nicht wie andere Steuern mit Bund und/oder Land teilen. Die Kommune bestimmt mit dem Hebesatz auch ihre Höhe. Der Ort, wo gezahlt werden muss, und der Ort, wo die Ausgaben wirksam werden, liegen also beieinander. Die Grundsteuer ist außerdem eine Steuer, die von allen gezahlt wird, sei es als Anteil an der Miete oder als Abgabe aufs Eigentum und da sie mit der Größe und dem Wert des Grundstückes bzw. Gebäudes steigt, belastet sie auch einigermaßen gerecht Arm und Reich.

Gleichstellung der Frauen ist eine ständige Aufgabe

Die PDS setzt sich konsequent für die Überwindung der anhaltenden gesellschaftlichen Diskriminierung der Frau ein. Dabei geht es nicht nur um gleiche Rechte für Frau und Mann. Es geht um die tatsächliche Abschaffung aller Verhältnisse, die dem Mann allein aufgrund seines Geschlechts und der historisch

gewachsenen Rollenverteilung den Vorrang gegenüber der Frau geben. Eine Zusammenarbeit von Frauengruppen, Gewerkschaften, Parteien, Verbänden und Verwaltung, wie sie z.B. im Essener Frauenbündnis stattfindet, ist unabdingbar, um hier „von unten“ etwas zu ändern.

Gleichstellung der Geschlechter verlangt weitreichende Änderungen in Politik und Gesellschaft, in den Einstellungen und Verhaltensmustern. Dazu gehört, dass das hohe Maß an offener oder versteckter Gewalt, das Frauen durch Männer in Familien oder Lebensgemeinschaft, am Arbeitsplatz oder auf der Straße erleiden müssen, zurückgedrängt und schließlich überwunden wird.

Die Aufhebung der Diskriminierung von Frauen betrifft alle. Daher setzen wir uns vorrangig dafür ein, dass alle kommunalpolitischen Entscheidungen in ihren frauenspezifischen Auswirkungen überprüft werden müssen.

Die PDS Offene Liste fordert:

- Die regelmäßige Erstellung eines kommunalen Anti-Diskriminierungsberichtes sowie die Fortschreibung der Frauenförderpläne.
- Eine Ausbildungs- und Arbeitsplatzoffensive für Frauen und Mädchen in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt. Die Lehrstellen- und Beschäftigungsquoten zugunsten von Frauen und Mädchen müssen in allen öffentlichen Einrichtungen beibehalten werden.
- Konsequente Einbeziehung der öffentlichen Betriebe, privaten Unternehmen und Wirtschaftsverbände in die Frauenförderung. Im Rahmen eines öffentlichen Beschäftigungssektors muss es eine besondere Frauenförderung geben.

- Die Gleichstellungsbeauftragte muss gegenüber Verwaltung und Politik gestärkt werden. Die Frauenbeauftragten in den Fachbereichen der Stadtverwaltung sind für ihre Tätigkeit angemessen von ihrer Arbeit freizustellen, um ihre Aufgaben besser erfüllen zu können. Eingerichtet werden soll ein stadtweiter Frauenförderausschuss mit Beteiligungs- und Kompetenzen gegenüber Rat, Bezirksvertretungen und Verwaltung.
- Auf- und Ausbau von Beratungsprojekten auf Stadtteilebene (Wohnungs-, Ausbildungs-, Erwerbs- und Gesundheitsprobleme, Familienberatung, Projekte für Migrantinnen- und Flüchtlingsfrauen

usw.) unter Leitung der Gleichstellungsbeauftragten für alle im Stadtgebiet wohnenden Frauen.

- Ausbau des kulturellen und sportlichen Angebots für Frauen und Mädchen.
- Finanzielle Absicherung und Erweiterung von Frauenhäusern/Zufluchtsstätten sowie ihrer Hilfs- und Beratungsangebote. Hartz IV darf nicht dazu führen, dass die Einrichtungen für Frauen, die Rat und Hilfe suchen, in ihrer Existenz bedroht werden.
- Überprüfung aller öffentlichen Einrichtungen, Verkehrsflächen, Tunnel usw. auf die Sicherheitsbedürfnisse von Frauen.

VII. Essen muss das interkulturelle Zusammenleben stärken

Vielfältige Kulturen sind eine Bereicherung

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Einwanderungsland. Entsprechend ist das Zusammenleben von Menschen verschiedener Kulturen in Essen seit langem Realität. Auf Zuwanderung ist die Bundesrepublik Deutschland, ist Essen auch zukünftig angewiesen. Die Menschen des Ruhrgebietes haben eine lange Tradition der Aufnahme von Zuwanderern – mit und ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Dabei sind alltägliche Diskriminierungen bis hin zu gewaltsamen Übergriffen leider auch ein Thema in Essen. Gerade deshalb plädieren wir für Integration statt Ausgrenzung, für interkulturellen Dialog statt Fremdenhass.

Die hier lebenden Migrantinnen und Migranten müssen ausreichende und bessere Möglichkeiten der Integration und das Wahlrecht erhalten. Als ein Schritt muss das kommunale Wahlrecht, das bisher nur EU-Bürgern zugestanden wird, sofort allen dauerhaft in der Bundesrepublik ansässigen Menschen zugestanden werden. Die PDS Offene Liste wird alle Aktivitäten in dieser Richtung tatkräftig unterstützen. Die Rechte des Ausländerbeirates sind weiter zu stärken. Er ist derzeit die einzige demokratisch legitimierte Vertretung für 9 % der Essener Bevölkerung.

Das für Essen erarbeitete „Interkulturelle Konzept“ genießt bundesweite Anerkennung, weil es beispielhaft Wege zur Integration und zum Zusammenleben auf-

zeigt. Es ist im Dialog mit der Migrantenbevölkerung weiter zu entwickeln. Wir wollen, dass Flüchtlinge und Asylsuchende human behandelt werden. Flüchtlinge und Menschen, die seit langem nur geduldet in Essen leben, brauchen unsere besondere Unterstützung. Schikanöse Verfolgungskampagnen, z.B. gegen staatenlose Libanesen, gehören nicht nach Essen. Betroffen waren von dieser Kampagne immerhin 1.700 Menschen, davon rund 80% Kinder und Jugendliche, die in Deutschland geboren wurden. Dieser Gruppe ist ebenso wie den in Essen lebenden Roma aus humanitären Gründen endlich ein Bleiberecht einzuräumen.

Die PDS Offene Liste setzt sich insbesondere für folgende Punkte ein:

- Menschen mit Migrationshintergrund brauchen spezielle Beratungsangebote, die sie u.a. in den ausländischen Vereinen sowie anderen Zusammenschlüssen der Selbsthilfe finden. Hierfür sind Mittel bereitzustellen. Einrichtungen wie die Geschäftsstelle des Ausländerbeirates und das RAA-Büro für interkulturelle Angelegenheiten sind als zentrale Koordinierungseinrichtungen zu erhalten. Gemäß der Anti-Diskriminierungs-Richtlinie der EU ist eine unabhängige Anti-Diskriminierungsstelle zu schaffen. Sie muss auch personell so ausgestattet werden, dass sie arbeitsfähig ist.
- Gute Sprachkenntnisse sind die Grundlage dafür, dass Chancen zur Integration wahrgenommen werden können. Angebote zum Erwerb der deutschen Sprache sind

nach dem Bedarf bereitzustellen, auch dezentral in den Stadtteilen. Es ist ein Skandal, dass die Deutschkurse der VHS bei weitem den Bedarf nicht decken können und immer noch viele Menschen abgewiesen werden müssen.

- Die PDS Offene Liste setzt sich für den Erhalt und Ausbau von muttersprachlichem Unterricht ein. Darüber hinaus ist ein mehrsprachiger Unterricht einzuführen. In den Kindergärten, Vorschulen und Grundschulen ist eine Sprachförderung in deutsch und der jeweiligen Muttersprache sicherzustellen. Das „Rucksack-Mütter-Projekt“, bei dem Mütter parallel zu ihren Kindern in Kindergarten oder Schule zweisprachig lernen, hat sich bewährt und ist auszubauen.

Die Betreuung und Beratung von Flüchtlingen und Asylsuchenden ist zu verbessern, unabhängige Angebote wie von Pro Asyl-Flüchtlingsrat müssen erhalten werden. Dabei sind auch die Bedürfnisse illegal in Essen lebender Menschen zu berücksichtigen. Die Stadt Essen setzt sich für die Unterzeichnung der UN-Wanderarbeiterkonvention ein. Sie entwickelt ein Programm insbesondere zur Schulbildung und Gesundheitsversorgung auch für illegale Flüchtlinge und Migranten. Die PDS Offene Liste ist für die Einrichtung einer kommunalen Härtefallkommission.

- Flüchtlinge sind dezentral in den Stadtteilen und vorrangig in Wohnungen unterzubringen. Die lagerähnliche Großunterkunft „Overhammshof“ ist sofort endgültig aufzulösen, andere Großunterkünfte sind soweit wie möglich zu schließen. Bei der Wohnungssuche sind die Flüchtlinge durch die Stadtverwaltung zu unterstützen.

- Menschen, die ohne deutschen Pass bei uns leben, ist ein diskriminierungs-

freier Zugang zu den Dienstleistungen der Stadtverwaltung zu gewährleisten. Die Eingangskontrollen für Besucher beim Ausländeramt sind unwürdig. Es geht auch anders: Die Ausländerbehörde soll – wie in Bochum erprobt – eine Kundentheke einrichten, die Anliegen vorklärt und Termine vergibt. Ausreichende Dolmetscherdienste sind bei Bedarf sicherzustellen.

- Die Stadt Essen sollte der „Aktion Noteingang“ beitreten. Die Weigerung von Oberbürgermeister Dr. Reiniger, die Schirmherrschaft zu übernehmen, zeugt von Ignoranz gegenüber den alltäglichen Diskriminierungen, denen die Migranten ausgesetzt sind.

Die PDS Offene Liste unterstützt die Einrichtung eines Afrika-Hauses. Die Menschen vom afrikanischen Kontinent brauchen einen festen kulturellen und sozialen Treffpunkt, um ihre Interessen wirkungsvoll artikulieren zu können.

Faschismus ist ein Verbrechen – keine Meinung

Neonazistische Organisationen, die soziale Mißstände für ihre Hetze ausnutzen, propagieren gewaltsame Konfliktlösungen. Sie haben eine menschenverachtende, rassistische Ideologie und schaffen Unfrieden im Zusammenleben gerade vor Ort. Deshalb ist es Aufgabe der Kommune, öffentliche Aufklärung zu betreiben und zu fördern, um neonazistischen Organisationen den Boden zu entziehen. Die Erinnerung an die Gräueltaten der Nationalsozialisten muss ständig wachgehalten werden. Dabei hat das Gedächtnis „von unten“ einen besonderen Stellenwert. Deswegen unterstützt die PDS Offene Liste die „Aktion Stolperstein“. Wir sind für eine enge Zusammenarbeit

der Stadt und städtischer Einrichtungen mit der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) und den antifaschistischen Gruppen und Bündnissen.

- Die PDS Offene Liste ist für den Umbau der Alten Synagoge in ein Haus der Jüdischen Kultur. Auch hier sollte der Erinnerung an den Faschismus und der millionenfachen Shoa Raum eingeräumt werden. Die Dauerausstellung „Verfolgung und Widerstand in Essen“ muss auch nach der Verlegung von der Alten Synagoge in die Luisenschule weiter gepflegt, aktualisiert und durch Führungen auch von Zeitzeugen der Öffentlichkeit nähergebracht werden.

- In Essen wurden im Hitler-Faschismus in großem Umfang Zwangsarbeiter eingesetzt, nicht nur von Konzernen wie Krupp, sondern auch von der Stadt. Das Besuchsprogramm für ehemalige Zwangsarbeiter muss auch in den nächsten Jahren beibehalten werden, als Geste gegenüber den Betroffenen und um die Erinnerung wachzuhalten. Darüber hinaus gehören die ehemaligen Zwangsarbeiter zu den letzten Zeitzeugen, die in den Schulen jungen Menschen aus eigenem Erleben berichten können.

- Die Stadt Essen sollte gemeinsam mit anderen neben der Gedenkveranstaltung an die Reichspogromnacht am 9. November eine Gedenkveranstaltung zum 27.1., der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz durchführen. Der 27.1. wurde von Bundespräsident Herzog zum nationalen Gedenktag gemacht

„Cities for Peace“ als Verpflichtung

Es gibt Alternativen zu kriegerischen Auseinandersetzungen. Zivile Konfliktlö-

sungen müssen auf allen Ebenen vorangetrieben und eingeübt werden. Dabei bildet die Kommune keine Ausnahme, sondern ihr überschaubarer Rahmen bietet sich an, Konflikte gewaltfrei zu lösen. Die Förderung von Erziehung zur und Einübung von gewaltfreien Konfliktlösungen ist ein Teil kommunaler Friedenspolitik, wenn sie bewusst als eine Strategie zur Vermeidung von Kriegen und zum Ausbau von Völkerverständigung verstanden wird.

Während die Ausgaben für die Bundeswehr munter weiter steigen, wird den Kommunen eine ausreichende Finanzausstattung weiterhin verweigert. Auch das ist ein Grund, dass sich die Kommunen gegen Aufrüstung und Krieg aussprechen. Die weltweite, von den USA ausgehende Bewegung Cities for Peace hat sich die Aufgabe gestellt, für Frieden vor Ort zu werben. Auch wenn die Ratsmehrheit das während des Irak-Krieges als unzulässige außenpolitische Betätigung der Stadt abgelehnt hat: Essen sollte sich den Zielen dieser Bewegung anschließen.

Schritte einer kommunalen Friedenspolitik können sein:

- Städtepartnerschaften müssen gepflegt und ausgebaut werden. Die vom Ausländerbeirat angeregte Städtepartnerschaft mit der türkischen Stadt Zonguldok sollte angegangen werden.

- Die Stadt Essen soll prüfen, ob sie Städten in Krisenregionen Partnerschafts- bzw. Hilfsangebote machen kann. Dabei kann durch Kontakte auch die Isolation vieler Menschen in Krisengebieten durchbrochen werden.

- Zivile Bereiche sollen zivil bleiben: Die Präsentation der Bundeswehr im öffentlichen Bereich hat in Essen nichts zu suchen, Werbung für die Bundeswehr an Schulen muss unterbleiben.

VIII. Ohne Finanzreform keine Lösung der kommunalen Haushaltsmisere

Gewerbesteuer erhalten und modernisieren

Essen befindet sich wie andere Kommunen Nordrhein-Westfalens seit Jahren in einer katastrophalen finanziellen Situation. Während immer mehr staatliche Hoheitsaufgaben auf die Kommunen übertragen werden, sind sie oft kaum noch in der Lage, die örtliche Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen.

Hausgemachte Probleme durch die finanzintensive „Leuchtturmpolitik“ der Essener CDU tragen dazu besonders bei. Nach dem Willen des Regierungspräsidiums sollen weitere kommunale Bereiche Essens auf den Prüfstand und nach Einsparpotenzialen durchforstet werden. Dies trifft auch die Stadtverwaltung und die städtischen Gesellschaften. Im Ergebnis werden Leistungen für die Bürger abgebaut oder im Umfang verringert oder verteuert. Eine derartige Finanzsanierung über den Abbau sozialer Standards lehnt die PDS Offene Liste kategorisch ab.

Sie ist vielmehr der Auffassung, wer in unserer Stadt lebt und Nutzen aus ihr zieht, hat auch eine kommunale Verantwortung und soll auch seinen entsprechenden Anteil zur weiteren Gestaltung unserer Stadt leisten. Das gilt besonders für die Konzerne und Banken – und gerade deren Gewerbesteuerzahlungen sind in den letzten Jahren rapide gesunken. Auch die PDS Offene Liste Essen hat keine Gelddruckmaschine. Und diese Aufgabe ist ohne die Mitwirkung der Bun-

desregierung, d.h. ohne die Durchführung einer grundlegenden Reform der kommunalen Finanzen, kaum zu lösen. Kommunale Selbstverwaltung ist nicht möglich ohne angemessene Finanzausstattung der Städte, Gemeinden und Landkreise.

Grundlegende Forderungen der PDS Offenen Liste sind deshalb:

- Die Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer und jeder anderen wirtschaftskraftbezogenen Steuerquelle (Art. 28 Abs. 2 Satz 3 GG) muss verbreitert werden, um die Konjunkturabhängigkeit dieser Steuerart zu verringern. Die Gewerbesteuer muss zu einer Wertschöpfungssteuer entwickelt werden, d.h. neben dem Gewinn sind auch gewinnunabhängige Betriebskriterien bei der Steuerbemessung heranzuziehen.

- Reduzierung der an Bund und Länder zu zahlenden Gewerbesteuerumlage von 26 auf 20 %. Erhöhung des Anteils der Kommunen an der Einkommenssteuer von 15 auf 16 %. Erhöhung des Anteils der Kommunen an der Umsatzsteuer.

- Wiederauflage einer kommunalen Investitionszuschale, Stärkung der finanziellen Situation der öffentlichen Kassen durch Wiedereinführung der Vermögenssteuer.

- Das Konnexitätsprinzip (wer Leistungen bei den Kommunen „bestellt“, der bezahlt sie auch) ist verfassungsrechtlich nicht nur in der Landesverfassung, sondern auch im Grundgesetz festzuschreiben.

- Die Förderpolitik muss durch den Abbau von Bürokratie vereinfacht werden. Die zweckgebundenen Zuweisungen an die Kommunen sind zugunsten eines Anspruchs auf frei verfügbare, allgemeine Zuweisungen einzuschränken. Nur so kann in den Kommunen, kann in Essen die Finanzsituation verbessert werden. Aber die rot-grüne Umverteilungspolitik von unten nach oben in den letzten Jahren steht dagegen. So hat der Kämmerer der Stadt Essen ausgerechnet, dass die Stadt ein Plus von rund 50 Mio. Euro hätte, wenn die in den letzten 10 Jahren zusätzlich auferlegten Aufgaben nicht auf die Stadt zugekommen wären. Stattdessen besteht ein Haushaltsdefizit von 430 Mio. Euro.

Rechtliche Position der Kommunen stärken

Die Kommunen sind das politische Fundament der Gesellschaft. Aus diesem Grund tritt die PDS Offene Liste für die Ausweitung der Rechte der Kommune ein:

- Die Rechte der Kommunalaufsicht zum Eingriff in die kommunalen Haushal-

te müssen eingeschränkt werden. Insbesondere der Konsolidierungszeitraum für nichtausgeglichene Haushalte muss erheblich über die festgeschriebenen 4 Jahre hinaus erweitert werden.

- Der in der Gemeindeordnung nach wie vor festgeschriebene Vorrang für privates Wirtschaften muss aufgehoben werden, damit Kommunen bei Bedarf leichter eine eigene Wirtschaftstätigkeit entwickeln können.

- Die Rolle der Kommunen im Gesetzgebungsverfahren muss gestärkt werden - v.a. durch die Einführung eines Konsultationsmechanismus bei allen Fragen, die die Kommunen betreffen.

Durch eine direkte Beteiligung an der Haushaltsgestaltung müssen die Rechte der Einwohnerinnen und Einwohner erweitert werden. Als einen Schritt zur Einführung von Beteiligungshaushalten hält es die PDS Offene Liste für sinnvoll, bestimmte Teile des Haushalts bindend für soziale Investitionen zur Verfügung zu stellen und über ihre Verwendung beteiligungsorientiert zu entscheiden, wobei besonders die Bezirksvertretungen einbezogen werden müssen.